

PAZIFIK GESAMT

Niedrigere Kindersterblichkeit

Am 22. Januar wurde in Genf der Bericht über die Lage der Kinder weltweit veröffentlicht. Der von dem Kinderhilfswerk UNICEF herausgegebene Report „The State of the World's Children 2008: Child Survival“ befasst sich vor allem mit der Kindersterblichkeitsrate der unter 5-jährigen. Mehr als 26.000 Kinder sterben weltweit täglich vor dem Erreichen des 5. Lebensjahres. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Sterblichkeitsquote jedoch erneut gesunken. UNICEF-Direktorin Ann M. Venemann begründete dies bei der Vorstellung des Berichts mit Verbesserungen im Versorgungssystem für Mütter und Neugeborene. Einfache Gesundheitsmaßnahmen wie das ausschließliche Stillen über mehrere Monate, Impfungen, die Nutzung von imprägnierten Moskitonetzen sowie die zusätzliche Gabe von Vitamin A könnten Kinderleben retten, erklärte Venemann.

Dr. Margaret Chan, Direktorin der Weltgesundheitsorganisation WHO, die maßgeblich an der Erstellung des Berichts beteiligt war, bezeichnete Investitionen in staatliche Gesundheitssysteme als dringend erforderlich. Auch in Staaten mit maroden Gesundheitssystemen könnten Fortschritte bei der Verringerung der Kindersterblichkeit erzielt werden, wenn man den integrativen Ansatz wähle und in Kooperation mit lokalen Partnern vor Ort ein ganzes Maßnahmenpaket zum Schutz der Gesundheit anbiete. Wenn man gesundheitliche Aufklärung mit Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen und Medikamentenvergabe verbinde, sei der Aufwand auch für schwache Gesundheitssysteme leistbar, so Dr. Chan.

Für den pazifischen Raum vermeldet der Bericht durchweg positive Zahlen. So sterben pazifikweit durchschnittlich 27 Kinder unter fünf Jahren pro 1.000 Geburten. Einzig Papua-Neuguinea bildet hier mit 73 Toten eine große Ausnahme.

Hamish Young, der UNICEF-Länderbeauftragte für Papua-Neuguinea, sagte bei der Vorstellung des Berichts in der Hauptstadt Port Moresby, die hohe Sterblichkeit aufgrund vermeidbarer Krankheiten wie Unterernährung, Durchfall durch verseuchtes Trinkwasser, Malaria und HIV/AIDS sei unerträglich. Papua-Neuguinea hat im Rahmen der „Millenium Development Goals“ der Vereinten Nationen, die bis 2015 einen Rückgang der Kindersterblichkeit um Zweidrittel vorsehen, bereits ein Vorsorgeprogramm zum Schutz von Schwangeren und Neugeborenen auf den Weg gebracht.

Info: Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (engl. United Nations International Children's Emergency Fund, UNICEF) ist eines der entwicklungspolitischen Organe der Vereinten Nationen, es wurde am 11. Dezember 1946 gegründet. Es arbeitet heute vor allem in Entwicklungsländern und unterstützt in ca. 160 Staaten Kinder und Mütter in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung, Hygiene, Ernährung und Bildung. Das Werk leistet auch humanitäre Hilfe in Notsituationen. Außerdem betreibt das Kinderhilfswerk auf internationaler politischer Ebene Lobbying, etwa gegen den Einsatz von Kindersoldaten und für den Schutz von Flüchtlingen. (*Radio Australia 24.01.08, The National 30.01.08, UNICEF Press Release 22.01.08*)

Britisches Unterhaus akzeptiert Spätfolgen der Atomtests zunächst nicht

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des britischen Unterhauses hatte seine Arbeit Mitte November 2007 aufgenommen. Er sollte die Spätfolgen der Atombombentests auf australische und britische Atomtestveteranen und ihre Familien untersuchen. Grund für die Einrichtung des Ausschusses war die Klage von 700 ehemaligen Arbeitern und Soldaten sowie ihren Angehörigen. Sie klagen vor dem obersten britischen Zivilgericht auf Entschädigungszahlungen wegen Gesundheitsspätfolgen.

Die Ergebnisse der Untersuchungskommission wurden Mitte Januar dem britischen Premierminister Gordon Brown vorgelegt. Der Ausschuss stützte sich auf bereits in der Vergangenheit durchgeführte medizinische Studien an den Atomtestveteranen und ihren Nachkommen. Sie belegen, dass die Kinder der unmittelbar an den Tests beteiligten Personen zehnmal so viele körperliche Behinderungen aufweisen und zehnmal so häufig an Krankheiten sterben, die sich auf die Einwirkung radioaktiver Strahlung zurückführen lassen. Die Kinder und Enkelkinder der Atomtestveteranen leiden zweimal so häufig an diversen Krebsarten und haben achtmal häufiger genetische Defekte als die Kinder von Eltern, die nicht an Atomtests beteiligt waren. Die britische Tageszeitung „Herald Sun“ behauptet gar, die Langzeitfolgen der Atomtests erstreckten sich über 20 Generationen.

Bereits drei unabhängige Studien zu den Folgen der Tests hatte das „National Radiological Protection Board (NRPB)“ in der Vergangenheit durchgeführt. Das Britische Unterhaus hat sowohl diese älteren Studien als auch die diesjährigen Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht

akzeptiert. Es weigert sich anzuerkennen, dass die vor 50 Jahren stattgefundenen Atomtests auf die heute noch lebenden Nachkommen der Arbeiter und Soldaten gesundheitliche Auswirkungen haben. Das Unterhaus hat den Antrag gestellt, den Prozess um Kompensationszahlungen um mindestens 18 Monate zurückzustellen. Vorläufig und quasi „zur Beruhigung“ sollen den betroffenen Familien jedoch jetzt 10.000 Pfund (ca. 13.270 €) Entschädigung gezahlt werden.

Der Anwalt der 700 Kläger, Mervyn Fudge von der Kanzlei Rosenblatt, sagte gegenüber der Zeitung „The Epoch Times“, diese Verzögerungstaktik der Regierung sei eine „bloody disgrace“ (blutige Schande). Er befürchtet, dass in den 18 Monaten bis zur Wiederaufnahme des Verfahrens weitere Atomtestveteranen sterben könnten. *„Es ist eine Schande, wie die Regierung mit diesen Menschen umgeht, sie spielt auf Zeit“*, entsetzte sich der Anwalt.

Zwischen 1952 und 1967 waren 22.000 Engländer, 14.000 Australier, 500 Neuseeländer sowie etliche Amerikaner, Kanadier und Fidschianer an den Atomtestserien in der Wüste von Maralinga (Süd-Australien), auf Christmas Island, auf der Monte Bello Insel vor der australischen Westküste und auf pazifischen Inseln (u. a. Kiribati) beteiligt. (BBC News 15.10.07, Herald Sun 18.01.08, The Epoch Times 23.01.08)

Plastikmüll verschmutzt den Pazifik

Wissenschaftler der Universität von Hawai'i planen derzeit eine umfassende Studie von Plastikabfällen im nordpazifischen Ozean. Im Jahr 1997 berichtete der amerikanische Ozeanograf Charles Moore erstmals von der *„weltgrößten schwimmenden Müllhalde“*, die ungefähr die doppelte Fläche der Vereinigten Staaten von Amerika einnehme.

Rund 100 Millionen Tonnen Müll treiben nach Schätzungen des Experten im Pazifik. Die in der Folge als "Pacific plastic soup" bekannt gewordenen Abfälle finden sich konzentriert entlang eines Bandes, welches sich quer von den USA bis nach Japan durch den gesamten Pazifik erstreckt. Als Grund für die Akkumulation des Mülls werden unterseeische Strömungen vermutet. Der Plastikmüll stammt hauptsächlich aus den pazifischen Randstaaten. Die Studie soll nun weitere Erkenntnisse zu der bislang noch wenig erforschten Problematik beitragen. (ABC Radio Australia 11.02.2008)

Thunfischfang begrenzt

Acht pazifische Staaten haben sich zu einer Limitierung des Thunfischfangs in ihren Gewässern entschieden. Im Rahmen des sogenannten „Vessel Days Scheme“ (VDS) haben u.a. die Staaten Papua-Neuguinea, Nauru und die Salomonen die Größe der Fangflotte, genauer die Anzahl der Fangschiffe pro Tag, begrenzt. Das VDS limitiert nicht nur die Anzahl der Tage im Jahr, die die Boote in den exklusiven ökonomischen Zonen der Staaten fischen dürfen, sondern legt auch die maximale Fangmenge an Thunfisch pro Boot fest.

Das VDS trat am 1. Dezember 2007 in Kraft, als sich auf Guam Delegierte aus 40 Ländern trafen, um über den Schutz einiger von Überfischung bedrohter Thunfischarten zu diskutieren. Mit dem VDS hat die „Western and Central Pacific Fisheries Commission“ ein weiteres Planungsziel ihres Programmes *„Conservation and Management Measure for Bigeye and Yellowfin Tuna in the Western and Central Pacific Ocean“* erreicht.

Weitere Vertragsstaaten des „Vessel Days Scheme“ sind die Förderierten Staaten von Mikronesien, Kiribati, die Marshallinseln, Palau und Tuvalu. (Australia Network 01.12.07, <http://www.ffa.int/>)

Wieder Satellitenstart

Nach einjähriger Pause hob am 15. Januar wieder eine Rakete von der "Sea-Launch"-Plattform 2.200 km südlich von Hawaii ab. Insgesamt handelte es sich um die 25. Mission des internationalen Konzerns "Sea Launch". Die Raketenstarts erfolgen von einer umgebauten Ölbohrplattform aus, die vor jedem Start aus eigenem Antrieb von Kalifornien aus ins Startgebiet fährt. Als Nutzlast befand sich diesmal ein arabischer Telekommunikationssatellit an Bord der Rakete. (http://de.wikipedia.org/wiki/Sea_Launch 12.2.2008)

US-Armee reduziert Raketentests

Bis 2010 soll ein Großteil der Raketentests vom Kwajalein-Atoll (Marshallinseln) nach Huntsville im US-Bundesstaat Alabama verlegt werden. Das gab Oberst Stevenson Reed, Befehlshaber der Armeeeinheit „U.S. Army Kwajalein Atoll“ (USAKA), jetzt bekannt.

Mit der Verlegung der Raketenabwehrtests soll die militärisch genutzte Grundfläche (engl. militärischer Fachaussdruck „footprint“) auf den Atollen reduziert werden. Einige der von der US-Armee genutzten Atolle könnten dann nach einer grundlegenden Säuberung an die einheimische Bevölkerung zur erneuten Besiedelung zurückgegeben werden, erklärte Reed. Es handelt sich hier vor allem um Inseln innerhalb des als „Mid Corridor“ bezeichneten Gebietes. Diese Atolle werden von der Armee für militärische Tests benutzt und sind aufgrund dieser Nutzung unbewohnbar. Der Mid Corridor umfasst rund Zweidrittel der gesamten Kwajalein-Lagune.

Die Amerikaner haben elf der 97 Atolle von Kwajalein langfristig von den marshallischen Landeignern gepachtet. Gemeinsam bilden diese Atolle die „Ronald Reagan Ballistic Missile Defense

Test Site“ (RTS). Das RTS besteht aus Radaranlagen, sowie Anlagen für optische-, Telemetrie- und Kommunikationsübertragung. Benutzt wird das RTS zur Überwachung und zum Abfangen von ballistischen Raketen und zur Unterstützung von Weltraummissionen. Die Aktivitäten auf der Anlage beinhalten auch meteorologische Versuchsreihen und den Betrieb des privaten Raumfahrtunternehmens SpaceX (Space Exploration Technologies Corporation) auf Omelek Island.

Die Verlegung einiger Bereiche der Militärbasis nach Huntsville geschieht aus finanziellen Gründen. In Huntsville seien sowohl Logistik als auch Service besser als auf Kwajalein, sagte Colonel Reed in der vom Militär herausgegebenen Zeitung „Kwajalein Hourglass“. Es gäbe auch schlichtweg mehr Platz.

Info: Das Kwajalein-Atoll gehört zu den Marshallinseln im südlichen Pazifik. Es liegt rund 3.900 km südwestlich von Hawaii und ist das weltgrößte Korallenatoll mit der größten umschlossenen Lagune. Das Atoll umfasst 97 Inseln, von denen die Insel Kwajalein die südlichste und größte ist. Neben Kwajalein liegt die Insel Ebeye, die die am dichtesten besiedelte ist. (Yokwe 11.12.07, <http://www.smdc.army.mil/RTS.html>, Kwajalein Hourglass online)

Studenten planen Dorf für Klimawandel-Opfer

In einem bisher einmaligen Projekt haben australische Architektur-StudentInnen in Zusammenarbeit mit StudentInnen von der „Papua New Guinea University of Technology“ den Bau eines Dorfes samt Infrastruktur für die Opfer des Klimawandels geplant und mit den Bauarbeiten begonnen.

Als Ergebnis des gestiegenen Meeresspiegels und der Zunahme von Springfluten müssen rund 1.500 Menschen ihr Dorf

Labutali auf der Huon-Halbinsel (Morobe Province, Papua-Neuguinea) verlassen. Sie werden rund 2,5 Kilometer in das Landesinnere hinein umgesiedelt. Die Studenten fanden für ihr „Modelldorf“ eine geeignete Stelle zwischen zwei Flüssen. Sie planten einen 50 m-Abstand zum Flussufer ein, um zukünftige Überschwemmungen des Dorfes zu verhindern. Ihren Überlegungen gemäß sollen die 1.500 Menschen in kleinen Weilern leben, die als Gesamtheit ein weiträumiges Dorf bilden. Der „Masterplan“ sieht u. a. den Bau einer Schule, eines Gemeinschaftshauses und eines Sportplatzes vor. Auch an einen Gesundheitsposten wurde gedacht. Zurzeit bauen die Studenten mit Hilfe einiger Dorfbewohner diese Gesundheitsstation auf. Nach Abschluss der Bauarbeiten wollen sie die Baupläne an die Dorfältesten übergeben, die dann in Gemeinschaftsarbeit „ihr“ neues Dorf erbauen sollen. Die Ältesten zeigten sich begeistert von dem Engagement und der tatkräftigen Hilfe der Studenten.

Die Umsiedlung wird aus Mitteln des „Village Development Trust“ der Regierung von Papua-Neuguinea finanziert. Die Umsiedlungsaktion war bereits im vergangenen Jahr von den Dorfältesten nach Absprachen mit lokalen Organisationen und dem „Morobe Disaster Office“ beschlossen worden. (*The National* 29.01.08, *Radio Australia* 30.01.08)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Frauenorganisation mit Menschenrechtspreis ausgezeichnet

Mitte Dezember 2007 sind die „Kup Women for Peace“ mit einem pazifischen Menschenrechtspreis ausgezeichnet wor-

den. Der siebte „Pacific Human Rights Award“ wurde von dem „Pacific Regional Rights Resource Team“ (RRRT), einem Projekt des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen UNDP, vergeben. Insgesamt 21 Organisationen hatten sich pazifikweit für den Menschenrechtspreis beworben. Eigens belobigt wurden neben dem Preisträger 1) die „Disability Promotion and Advocacy Association“ aus Vanuatu, die sich für die Rechte behinderter Menschen einsetzt; 2) das „Fiji Women’s Crisis Centre“ aus Fidschi für seinen Einsatz zum Schutz aller in Fidschi lebenden Frauen und Kinder vor Gewalt und Einschüchterung; sowie 3) die „Pacific Counselling and Social Services“ aus Fidschi, die sich für die Wahrung der Würde von an HIV/AIDS erkrankten Frauen und gegen die öffentliche Diskriminierung derselben einsetzen.

Die Frauengruppe „Kup Women for Peace“ gründete sich nach der Eskalation von Stammeskämpfen 1999 im Hochland von Papua-Neuguinea in der Provinz Chimbu. Damals hatten die seit den 1970er Jahren geführten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Klanen ihren Höhepunkt erreicht. Zahlreiche Mädchen und Frauen waren vergewaltigt, ganze Dörfer niedergebrannt und Felder verwüstet worden. Frauen aus vier verfeindeten Gruppen in Kup trafen sich und gründeten unter dem Leitsatz „*Downim heavy bilong all mama*“ (dt. Den Schmerz der Mütter lindern) eine Frauenorganisation mit dem Ziel, die Stammeskämpfe zu beenden um Frieden und Sicherheit für alle Frauen zu gewährleisten. Dazu begaben sich die Frauen in große Gefahr. So campierten sie wochenlang auf den Kampfplätzen und agierten als lebender Schild zwischen den Kämpfenden. Immer wieder führten sie Gespräche mit den Anführern der verfeindeten Klane und vermittelten in festgefahrenen Konfliktsituationen.

Die Gruppe unter Gründungsmitglied und Sprecherin Mary Kini ist gut organisiert. Sie hat ihre Ziele inzwischen ausgeweitet und setzt sich sowohl für die Rechte von Frauen als auch für das Mitspracherecht von Frauen in dörflichen Entscheidungsprozessen ein. Außerdem bemühen sich die Frauen um eine nachhaltige Bewirtschaftung ihrer Umwelt im Sinne einer Bewahrung der Schöpfung. In Workshops mit arbeitslosen jungen Männern und in Gesprächen mit „Big Men“ bemühen sich die Frauen auch um das Ende der im Hochland allgegenwärtigen häuslichen Gewalt gegen Frauen. Die Vermittlung von (beruflichen) Perspektiven für junge Männer soll diese davon abhalten, ihre Aggressionen und ihren Frust in Form von Gewalt an Frauen auszulassen. So verteilten die Frauen z.B. im Sommer letzten Jahres im Rahmen ihres „Sustainable Livelihood“-Programmes Geflügel und Schweine sowie Baumaterial, um die Ställe für die Tiere zu bauen. Die Aufzucht von Tieren soll den Jugendlichen eine sinnvolle Beschäftigung bieten und sie von Kampfhandlungen abhalten.

Bei ihren Treffen diskutieren die Frauen auch über eigene Gewalterfahrungen wie Vergewaltigung durch nahe Angehörige oder die „Hexenjagd“ auf verwitwete und alleinstehende (ältere) Frauen.

Die „Kup Women for Peace“ werden finanziell u. a. von der neuseeländischen Abteilung der Entwicklungshilfeorganisation „Oxfam International“ unterstützt. (*The National* 06.01.07, *RRRT Press release* 12.12.07., *ABC Australia* 11.12.07, <http://www.oxfam.org.nz/>)

Proteste verhindern Palmölplantage

Die Regenwälder der Insel Woodlark (Papua-Neuguinea), knapp 280 Kilometer östlich der Insel Neuguinea gelegen, wer-

den nicht abgeholzt. Der malaysische Konzern Vitroplant Ltd. zog jetzt seine Pläne zurück, 60.000 Hektar Palmöl-Plantagen für die Produktion von Agrarsprit anzulegen. Die etwa 6.000 Inselbewohner auf der 85.000 Hektar großen Insel waren fast ausnahmslos gegen die Plantagen und hatten sich gegen den Kahlschlag ihrer Regenwälder gewehrt. Auch der internationale Druck von Umweltorganisationen hat Wirkung gezeigt. Die Anpflanzung von Palmöl hätte fast den gesamten noch intakten Flachland-Regenwald der Insel und damit eine atemberaubende Artenvielfalt zerstört. An der weltweiten Protestaktion haben sich allein über die Homepage von „Rettet den Regenwald“ binnen zehn Tagen 17.000 Menschen beteiligt, darunter auch etliche Mitglieder des Pazifik-Netzwerkes e.V.. Sie schickten über „Rettet den Regenwald“ ihre Protestmail an die Regierung von Papua-Neuguinea.

Die Suche nach Alternativen zum Erdöl bedroht den Regenwald auf den pazifischen Inseln und in anderen tropischen Gebieten. Allein in Indonesien plant die Regierung, unterstützt von internationalen Investoren, 20 Millionen Hektar Regenwald abzuholzen und stattdessen Palmen zur Ölgewinnung anzubauen. Die Folge: Millionen Menschen würden von ihrem Land vertrieben und der Lebensraum vieler Tierarten zerstört. (*Regenwald Report* Nr. 1/08, S. 3, *Greenpeace-Magazin* 2/08, S. 13)

Kirche und Landbesitzer protestieren gegen Betreiber der Ramu-Mine

Der Bischof der „Evangelical Lutheran Church of Papua New Guinea“ (ELC-PNG), Dr. Wesley Kigasung, richtete Anfang des Jahres ein Protestschreiben an Premierminister Sir Michael Somare, sowie an dessen Stellvertreter und Bergbauminister Dr. Puka Temu und an den Umweltminister Benny Allen. Er for-

derte die Regierung darin auf, endlich die Umweltstudie des australischen „Mineral Policy Institute“ (MPI) zum Ramu-Nickel-Projekt entgegenzunehmen. Somare hat dies bislang verweigert, obwohl der Bischof das Vorhaben drei Mal in Angriff nahm. Die Studie existiert bereits seit mehreren Jahren und wurde von der ELC-PNG und seinen lutherischen Überseepartnern (darunter auch Mission Eine-Welt, siehe auch im Internet unter <http://www.pazifik-infostelle.org/aktivitaeten/bergbau/290904.html>) in Auftrag gegeben. Sie zeigt die immensen zu erwartenden Schäden durch den Betrieb der Mine auf. Durch die Einleitung des Abraums in die Astrolabe Bay werden Umwelt und Tourismus nachhaltig negativ beeinflusst. Mit großen Bedenken sieht der Bischof auch dem Bau einer Siedlung für etwa (überwiegend chinesische) 3.000 Arbeiter und deren Familien entgegen, die unweit des Raffineriegeländes in der Basamuk Bay gebaut werden soll und sich damit in unmittelbarer Nähe der dortigen Dörfer befinden wird.

Unterstützung erhielt Bischof Dr. Kigasung vom ehemaligen Gouverneur der Madang-Provinz, Sir Peter Barter, der eine Hotelanlage in Madang besitzt. Beide besuchten mehrmals die Baustelle der Raffinerie in der Basamuk Bay und machten sich ein Bild vor Ort. Barter beklagt, dass er und seine Provinzregierung von der nationalen Regierung übergangen worden seien und die Inbetriebnahme der Mine ohne eine vorherige Absprache mit ihm genehmigt wurde. Kigasung und Barter fordern eine unabhängige Umweltstudie von der Regierung in Port Moresby. Die erste Umweltstudie sei mit Misstrauen zu betrachten, denn sie wurde zum Teil von „Highlands Pacific“ finanziert. Highlands Pacific ist eine australische Bergbaufirma, die 8,5 % der Minenanteile hält und 2005 mit „China Metallurgical Construction Corporation“ (MCC) ein umfassendes Abkommen über die Ent-

wicklung des Ramu-Nickel/Kobalt-Projekts abschloss. Barter betonte, dass sich Sir Michael Somare dringend mit Bischof Dr. Wesley Kigasung zusammensetzen müsse, um über das problematische Thema zu sprechen.

Ende Januar protestierten zudem etwa 50 Mitglieder der vier Landbesitzervereinigungen vor dem Hauptsitz von MCC in Madang und forderten die Niederlegung der Baumaßnahmen. In einem anschließenden Krisengespräch zwischen Vertretern der Landbesitzer und der MCC brachten die Landbesitzer 18 Punkte auf die Tagesordnung, die in Zusammenhang mit ihrer fehlenden Beteiligung an dem Gesamtprojekt in Verbindung stehen. Zu wenig seien lokale Firmen miteinbezogen worden, sie würden dementsprechend zu wenig von der Mine profitieren. Wang Futian, stellvertretender Präsident von MCC in PNG, erklärte hierzu, dass alle relevanten Verträge in China unterzeichnet würden und es daher nicht leicht sei, Firmen vor Ort teilhaben zu lassen. Wang bat darum, die Bauarbeiten nicht weiter zu stören. Des Weiteren bat er um mehr Respekt und Verständnis für die chinesische Kultur und ihre spezifischen Essgewohnheiten. Seit langem werden die Chinesen von den neuguineischen Arbeitern und Anwohnern misstrauisch beäugt. So kursieren beispielsweise Gerüchte über ekelhafte Essgewohnheiten der Chinesen. Vielleicht sollte MCC darüber nachdenken, keine getrennten Speisesäle und Unterkünfte mehr für einheimische und chinesische Arbeiter anzubieten. Dann könnten einige Missverständnisse und Vorurteile vermutlich ebenso unproblematisch beseitigt werden, wie durch die Vorschrift, dass chinesischen Arbeitern lediglich dann eine Arbeitserlaubnis auf dem Minengelände erteilt wird, wenn sie der englischen Sprache mächtig sind, wie dies von den Landbesitzern gefordert wird.

Besonders entrüstet zeigten sich die Landbesitzer von der Anwesenheit von chinesischen Sicherheitskräften auf den Baustellen. Diese sollen angeblich schwerbewaffnet in Wagen mit getönten Scheiben umherfahren. Hier stand die Frage im Raum, ob nicht die Sicherheitskräfte der Firma der Landbesitzer ausreichen würden.

Die Landbesitzer werfen den chinesischen Betreibern außerdem vor, sie würden die 20- bis 25-jährige Bergbaugeschichte PNG's ignorieren. Sie sollten doch nach Ok Tedi, Lihir, Porgera und anderswo gehen und sehen, dass dort Neuguineer diese Minen betreiben und nicht nur – wie bei MCC – für unqualifizierte Arbeiten eingesetzt würden. Sie sollten sich auch ansehen, welche Standards und Normen in diesen Betrieben eingehalten werden. Diese Standards sollten auch beim Ramu-Projekt als Grundlage dienen.

Bereits 1999 wurde das Ramu-Nickel/Kobalt-Projekt von der nationalen Fischereibehörde als sozial, ökonomisch und ökologisch unhaltbar eingestuft - heute hat die Fischereibehörde jedoch aus verschiedenen Gründen eine andere Meinung zu diesem Thema.

Laut MPI-Studie werden jährlich fünf Millionen Tonnen Abraum erwartet, die während des 20-jährigen Betriebs der Mine in die Astrolabe Bay eingeleitet werden sollen. Damit ist die Lebensgrundlage der Menschen in der Region in großer Gefahr. Die ELC-PNG stimmt zudem bedenklich, dass der Hauptbetreiber MCC (85 %) keine Erfahrung mit Bergbau in PNG hat. Andere Bergbaufirmen betrachten lateritische Nickelanteile unter 1,3 % als unökonomisch. Die Böden des Ramu-Projekts weisen jedoch lediglich 1 % Nickel und 0,1 % Kobalt auf. Daher wird bei der Verarbeitung beispielsweise mehr Schwefelsäure benötigt und es entsteht ein größerer technischer Aufwand.

Bereits bis Ende letzten Jahres beliefen sich die Bauvorausgaben auf 200 Mio. US-\$. Damit die Mine in der ersten Hälfte von 2009 in Betrieb genommen werden kann, sollen in diesem Jahr folgende Projekte fertig gestellt werden: eine feste Brücke über den Ramu-Fluss; der Kai in der Basamuk Bay, um Fracht und Projektkomponenten direkt auf der Baustelle zu entladen; 50 % der Pipeline; der Aufbau der ersten Autoklaven für die Rohstoffaufbereitung sowie die Reduktionsanlage. Hierfür planen die Betreiber rund 350 Mil. US-\$ ein. *(Artikel von Katja Göbel. Quellen: Post-Courier 14.01.08, 16.01.08, The National 30.01.08, 14.02.08, MPI-Studie, Recherche vor Ort)*

Regierung kauft Mine

Über die regierungseigene Firma „Petromin PNG Holdings Limited“ hat die Regierung von Papua-Neuguinea der Firma „Emperor Mines Limited“ die Goldmine Tolukuma abgekauft. Die Mine liegt in der Central Province, rund 100 Kilometer von der Hauptstadt Port Moresby entfernt. Durch den Kauf hat Petromin auch zehn Explorationsfelder erworben, damit hält die Firma die meisten Rechte an Explorationsfeldern in Papua Neuguinea.

Die Tolukuma-Mine ist seit 1995 in Betrieb, sie beschäftigt 630 Menschen. Immer wieder gab es in der Vergangenheit Probleme mit der australischen Betreiberfirma Emperor. Diese weigerte sich zum Beispiel, zum Schutz der Umwelt einen Damm für die Abräume aus der Mine zu bauen. Trotz der relativen Nähe zur Hauptstadt verweigerte Emperor auch den Bau einer asphaltierten Straße zur Mine.

Joshua Kalinoe, geschäftsführender Direktor der staatseigenen Petromin Holdings, erklärte, der Erwerb der Mine böte seiner Firma die Möglichkeit, das Minengeschäft „von der Pike“ auf zu lernen. Bergbauminister Dr. Puka Temu begrüßte ebenfalls

den Kauf der Mine. Die Regierung an sich habe schon lange nach einer Möglichkeit Ausschau gehalten, sich im Minengeschäft zu betätigen. Anhand der gut aufgestellten, weil wirtschaftlich gesicherten Mine könne man lernen, wie das Geschäft laufe. Dann könne der Staat über den Ankauf anderer, auch größerer Minen entscheiden, erklärte Temu. Der Provinzgouverneur der Central Province, Alphonse Moroi, ergänzte, es sei an der Zeit, die Mine „in a true Melanesian way“ zu führen.

Emperor hatte sich im Zuge von Restrukturierungsmaßnahmen von der Tolukuma-Mine getrennt. Die Firma will sich zukünftig verstärkt in Indonesien engagieren.

Bereits vor Ankauf der Mine hatte die Regierung von Papua-Neuguinea eine Studie zu den möglichen Umweltschäden der Mine in Auftrag gegeben. Diese Studie wird zurzeit durchgeführt, Ergebnisse werden Mitte des Jahres erwartet. Bergbau-Minister Temu will mit der Studie u. a. die Laborwerte eines Pathologen überprüfen lassen. Dieser hatte in Blutproben von Flussanrainern unterhalb der Mine Arsen und Zyanid gefunden. Die Flüsse Auga und Angabanga führen Abräume der Mine mit sich. Die Dorfbewohner entlang dieser Flüsse waschen sich und ihre Wäsche darin und ernähren sich von Fischen aus den Flüssen. Der australische Pathologe Dr. Sylvester Kotapu erklärte, die von ihm in den Dörfern Mekeo und Goilala entnommenen Blutproben wiesen eine hohe Zahl von Schwermetallen auf. Sollten sich die Ergebnisse des Arztes durch die Umweltstudie bestätigen, will die Regierung Dämme bauen, die den Abraum aus der Mine filtern sollen. (Sydney Morning Herald 10.01.08, Post-Courier 08.02.08, 20.02.08, <http://petromin.blogspot.com/>, <http://www.emperor.com.au/news> 06.02.08)

Sechs Tote bei Stammeskämpfen

Die seit längerem schwelenden Streitigkeiten zwischen Mitgliedern zweier Klane in Mount Hagen in der Western Highlands Province haben sich Anfang Februar in einem Gewaltausbruch entladen. An einem Wochenende waren Mitglieder vom Stamm der Jiga in die Provinzhauptstadt Mount Hagen gekommen, um sich für den Tod eines ihrer Klanmitglieder zu rächen. Der Hotelangestellte war zuvor nach Angaben der Jiga von betrunkenen Siedlern eines Viertels (engl. Settlement) bei einer Schlägerei getötet worden. Die Jiga waren daraufhin in das Stadtviertel der überwiegend aus der Provinz Enga stammenden Siedler eingedrungen und hatten die gesamte Siedlung in Brand gesteckt. Mehr als 1.000 Menschen wurden obdachlos, sechs Menschen starben, viele weitere wurden schwer verletzt. Die Polizei errichtete Notunterkünfte, um die Enga-Siedler unterzubringen.

Kaiglo Ambane, Oberkommandierender der Provinzpolizei von Mount Hagen, sagte, im Zuge der Kämpfe hätten Geschäfte in der Stadt schließen müssen, auch Banken und die Provinzregierung mussten geschlossen bleiben. Man habe die Lage aber inzwischen unter Kontrolle. Verschiedenste Gruppen versuchten, zwischen den verfeindeten Gruppen zu vermitteln. Recht und Sicherheit seien auf den Straßen in Mount Hagen weitestgehend wieder hergestellt, so Ambane.

Der Gewaltausbruch hatte auch Politiker auf den Plan gerufen. So forderte Don Polye, Minister für Arbeit, Transport und Flugwesen, eine Verstärkung der Strafgesetze in Papua-Neuguinea. Die Gesetze seien zu durchlässig, es gäbe viel zu viel Ermessensspielraum, wenn es um angebliche Traditionen in den Stammeskulturen Neugui-

neas gehe, bemängelte der Minister.

Der Minister für interne Sicherheit, Sani Rambai, reiste persönlich nach Hagen, um sich vor Ort über die Situation zu informieren. Gewalt zwischen ethnischen Gruppen sei ein großes Problem, erklärte Rambai, das nicht nur auf Provinzebene, sondern auf staatlicher Ebene verhandelt werden müsse. Als er von den Gewaltausbrüchen erfahren habe, habe er sofort mobile Einsatztruppen der Polizei aus anderen Landesteilen ins westliche Hochland geschickt, erklärte Rambai, aber dies sei natürlich keine dauerhafte Lösung. (Herald Sun 05.08.08, NBC online 08.02.08, ABC Radio Australia 04.02.08, <http://www.newnation.vg/>)

Drohende Hungersnot in Milne Bay

Bewohner der Dörfer Biniguni, Kwagira und Kewansasap in der Milne Bay Province sind von einer Hungersnot bedroht. Ernteauffälle aufgrund von Überschwemmungen im November des letzten Jahres haben zu akuter Nahrungsmittelknappheit in der Region um Rabaraba geführt. Der tropische Zyklon Guba hatte im November in den östlichen Provinzen Oro und Milne Bay gewütet, die damit einhergehenden sintflutartigen Regenfälle und eine Sturmflut hatten die Felder der Menschen zerstört. 13.000 Menschen wurden obdachlos. Die Bewohner der Milne Bay Provinz leben wie die meisten Menschen in PNG von der Subsistenzwirtschaft, ihre Nahrung bauen sie auf eigenen Feldern an.

Erste Hilfe leistete bereits im vergangenen Jahr das Rote Kreuz. Die internationale Hilfsorganisation brachte Lebensmittel, Bekleidung, Fischernetze, Haushaltsartikel, Notunterkünfte und Medikamente nach Rabaraba. Einwohner aus anderen Landesteilen spendeten ebenfalls Materialien und Geld für die

von der Flut betroffenen Menschen.

Das Rote Kreuz will sich nun nach Angaben der Sektion Milne Bay aus der Region zurückziehen. Man wolle die Katastrophenhilfe an das Katastrophenamts der Provinzregierung übergeben, sagte Rot-Kreuz-Beauftragter Graham Gabe.

Die ortsansässige Bevölkerung hat derweil Wohltätigkeitsveranstaltungen organisiert, um Geld für den Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Äcker zu sammeln. So gab das Hotel "Masurina Lodge" einen Ball, die Eintrittsgelder wurden gespendet. Auch lokale Firmen wie "Nawae Construction", "Islands Petroleum" und "Ela Motors" spendeten dem Fonds zum Wiederaufbau. *(Post-Courier 04.02.08, Radio Australia 06.02.08)*

Reisexport nach Australien

Die neuguineische Firma „Trukai Industries Limited“ hat mit dem Export von Reis nach Australien und Neuseeland begonnen. Trukai produziert seit 1970 am Standort Lae Lebensmittel für den Markt in Papua-Neuguinea. Bekannt ist die Firma für die gelb-rot-grünen Reispakete, die überall im Land erhältlich sind. Trukai ist hier Marktführer. Sechs verschiedene Reissorten von „Trukai Jasmine“ bis „Trukai Basmati“ sind im Angebot.

Weniger bekannt ist das zweite Standbein der Firma, der Vertrieb von Rindfleisch aus eigener Produktion. Trukai hat erst kürzlich das Firmengelände erweitert und modernisiert, so dass dort jetzt ein 24-stündiger Betrieb möglich ist. Es wurden zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt, mit 640 Angestellten gehört Trukai nun zu den größten Arbeitgebern in der Küstenstadt. Phil Franklin, der geschäftsführende Direktor von Trukai Industries, sagte, man plane die Erweiterung des Reis-Exportgeschäftes

über Australien und Neuseeland hinaus auch in andere pazifische Staaten. *(ABC Radio Australia 15.02.08, <http://www.trukai.com.pg/>)*

Britische Firma baut Tiefseemine

Die kanadische Firma "Nautilus Minerals Inc." hat einen 65,5 Millionen US Dollar schweren Vertrag an die britische Firma "SMD Hydrovision" zum Bau einer Tiefseemine vergeben. Nautilus ist weltweit die erste Firma, die Bodenschätze aus sulfidhaltigem Gestein in der Tiefsee gewinnen will. Zurzeit hält die Firma die Rechte über den Abbau von Mineralien auf einer Fläche von 300.000 Quadratkilometern entlang des westlichen "Rim of Fire" im Pazifik. Betroffen sind die Tiefsee der pazifischen Staaten Papua-Neuguinea, Fidschi, Tonga, die Salomonen und Neuseeland.

Am weitesten fortgeschritten sind die Pläne der Firma in der Bismarck See nahe der Insel Neubritannien (PNG). Bereits Ende 2010 soll eine rund 50 Kilometer vor der Provinzhauptstadt Rabaul gelegene Mine in der Tiefsee ihre Produktion aufnehmen. Das Projekt läuft unter dem Titel "Solwara 1". Die Anlagen in der Tiefsee und an der Küste sollen von der englischen Firma SMD erbaut werden. SMD-Vertriebsmanager Mark Collins sagte, die Auftragsvergabe an seine Firma sei etwas ganz Besonderes. Es handele sich um neue Technologie, über die man noch keine Erfahrungswerte vorliegen habe. Allein die Bewerbung für die Ausschreibung des Minenbaus habe über sechs Monate lange Recherchen erfordert. Man habe zusätzliche 20 Experten einstellen müssen, die für die Tiefsee taugliches Material entwickelt und getestet hätten.

Mit 120 Angestellten gehört die seit 30 Jahren in Newcastle (UK) ansässige Firma eher zu den kleineren Betrieben. Umso er-

freuter zeigte sich Collins ob der Vertragszusage. Man habe sich gegen weltweite Bewerber durchgesetzt. SMD ist vor allem bekannt für den Bau qualitativ hochwertiger ferngesteuerter Maschinen (ROV, Remotely Operated Vehicle). Für Nautilus soll SMD zwei unterseeische Abbaubetriebe aufbauen - so genannte "Seafloor Mining Tools" (SMT) - sowie die Anlagen zur Weiterverarbeitung der Erze an der Küste. *(The National 03.01.08, <http://www.nautilusminerals.com>, <http://www.smd.co.uk/>)*

BOUGAINVILLE

Neubau eines Gefängnis'

Die Strafvollzugsbehörde von Papua-Neuguinea (PNG Correctional Services, CS) and die autonome Provinzregierung von Bougainville (Autonomous Bougainville Government, ABG) haben den Bau eines eigenen Gefängnisses auf der Insel Buka beschlossen. Bereits Ende dieses Jahres sollen die ersten Insassen in das Gefängnis einziehen, dessen vollständige Fertigstellung für Ende 2009 geplant ist. Für den Neubau wurden sechs Millionen Kina veranschlagt, die anteilig von der Regierung sowie von der australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAID übernommen werden. Das Gefängnis soll in Beikut an der Westküste von Buka errichtet werden und von Port Moresby aus verwaltet werden. Das Land für den Gefängnisbau wurde der AGB von lokalen Landeignern verpachtet.

Raymond Masono, leitender Verwaltungsbeamter der AGB, erklärte, das Gefängnis sei ein weiterer Schritt bei dem Aufbau einer funktionierenden Verwaltungsstruktur auf der Insel. Längerfristig soll es eine eigene Strafvollzugsbehörde auf der Insel geben, die „Bougainville Correctional Institutional Services“ (CIS). Hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte sei ein

modernes Gefängnis unabdingbar. Die kleinen Zellen innerhalb der Polizeiamter seien nicht für eine längere Haftdauer geschaffen, schon jetzt reiche die Zahl der Plätze nicht aus, um alle Straftäter adäquat unterzubringen und zu verpflegen. (*Post-Courier* 11.12.07)

Aufforstung der Ölpalplantagen

Bereits bestehende, jedoch ungepflegte Ölpalplantagen im Distrikt Torokina in der Provinz South Bougainville sollen wieder aufgeforstet und in Betrieb genommen werden. Das gab Joseph Kabui, Präsident der Autonomen Provinzregierung von Bougainville (ABG), bekannt. Der ABG-Wirtschaftsausschuss hatte dem „Bougainville Integrated Oil Palm Development Plan“ (BIOPP) zugestimmt. Finanziert werden soll die Wiederinbetriebnahme der Plantagen im Rahmen des „National Agriculture Development Plan“. Kabui sagte, die Plantagenbewirtschaftung sei eines der Ziele, die sich die Provinzregierung für 2008 gesetzt hätte. Man habe sich für Ölpalplantagen entschieden, nachdem eine „Fact Finding Mission“ positive Ergebnisse von einem Besuch der Ölpalplantagen in der Provinz West New Britain geliefert hatte.

Ölpalplantagen werden als großflächige Monokulturen bewirtschaftet. Sie sind sehr pflegeintensiv. Eine optimale Produktion der Palmfrüchte ist oft nur bei hohem Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger gewährleistet. (*The National* 20.12.07, *WWF Info online*)

SALOMONEN

Neuer Premierminister

Am 20. Dezember hat das Parlament Dr. Derek Sikua (Liberal Party) mit 32 von 47 Stimmen zum neuen Premierminister der Salomonen gewählt. Sikua ist Nachfolger von Manasseh Sogavare, der am 13. Dezember 2007 ein Misstrauensvotum verloren hatte. Sogavare war seit Mai 2006 im Amt.

Der aus dem Nordosten der Insel Guadalcanal stammende Derek Sikua konnte sich gegen seinen Herausforderer Patteson Oti, den Vizepremier und Außenminister, durchsetzen. Sikua, Jahrgang 1959, war erst im November aus der National Party von Sogavare ausgetreten und hatte in die Opposition gewechselt. Unter Sogavare war der promovierte Philosoph Sikua ab Mai 2006 Bildungsminister, zuvor hatte er ab 1993 verschiedene Ministerämter inne.

In einem Interview mit der Zeitung „Islands Business“ nannte Sikua kurz nach Amtsantritt Eckpunkte seines politischen Programms. Priorität genießt die Entwicklung des ländlichen Raumes. So sollen bis 2010 alle Dörfer an Trinkwasserleitungen angeschlossen werden. Außerdem soll jeder Bewohner maximal eine Stunde Fußweg zur nächsten Gesundheitsstation auf sich nehmen müssen. Im Bereich Gesundheitsfürsorge will Sikua den Kampf gegen Malaria verstärken. Außerdem will er in allen neun Provinzen des Inselstaates AIDS-Aufklärungszentren bauen. Auch im Bildungssektor hat sich Sikua viel vorgenommen. So will er eine kostenlose Grundbildung für alle Kinder anbieten, einen Zweig der „University of the South Pacific“ aufbauen sowie das „Solomon Islands College of Higher Education“ in eine Universität umstrukturieren.

Im Bereich der Infrastruktur hat Sikua das Projekt „100:100“ auf

den Weg gebracht. Es sieht vor, je 100 Kilometer neue Straßen jährlich zu bauen und je 100 Kilometer bereits vorhandene Straßen zu reparieren. Der Ausbau der Regionalflughäfen sowie der Bau eines internationalen Flughafens in der Western Province stehen ebenfalls auf der Tagesordnung des umtriebigen neuen Premierministers.

Politische Stabilität und eine gute Regierungsführung sind für Sikua nach eigenen Worten selbstverständlich. Er plant die Einführung eines „Party Integrity Bill“, das verhindern soll, dass Politiker je nach Gusto und eigenem Vorteil beliebig zwischen den Parteien wechseln können. Auch den Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft hat sich Sikua auf die Fahnen geschrieben.

In Expertenkreisen fragt man sich nun, wie Sikua seine ehrgeizigen Pläne in den verbleibenden zwei Amtsjahren bis zu den turnusmäßigen Neuwahlen verwirklichen will. (*Flash d'Océanie* 13.12.08, 20.12.08, *Wikipedia*, <http://www.parliament.gov.sb/>, *CIA Worldfactbook*, *Islands Business* Februar 08, S. 32f.)

Kondomautomaten rufen Kirchen auf den Plan

Die Aufstellung von Kondomautomaten an 15 Stellen im Stadtgebiet der Hauptstadt Honiara hat zum Protest unterschiedlicher kirchlicher Gruppen geführt. So sagte Reverend Philemon Riti, der Generalsekretär der „Solomon Islands Christian Association“, die Automaten verleiteten auch jüngere Menschen zum Geschlechtsverkehr. Dem widersprach Lorraine Satorara, die HIV/AIDS-Beauftragte von World Vision, das für die Aufstellung der Automaten verantwortlich zeichnet. Eines der größten gesundheitlichen Probleme auf den Salomonen seien sexuell übertragbare Krankheiten (Sexually Transmitted Diseases, STD) sowie Schwangerschaften von

Teenagern. Der Gebrauch von Kondomen sei eine gute und kostengünstige Lösung. Man habe die Automaten an den sogenannten „Hot Spots“ von Honiara aufgestellt, u. a. vor Nightclubs, Motels, dem Krankenhaus und vor Jugendzentren. Als Kunden habe man vor allem die ausländischen Seefahrer, das Personal von Holzeinschlagsfirmen und Taxifahrer im Auge, erklärte Satorara in einem Interview mit „Radio Australia“.

Reverend Milton Talasasa von der „United Church Assembly“ zeigte sich gespalten ob der Aufstellung der Automaten. Zwar müsse man den gesellschaftlichen Realitäten von Teenager-Schwangerschaften und STDs ins Auge schauen, doch entspräche die öffentliche Zurschaustellung von Kondomen nicht der kulturellen Tradition der Solomon Islander. Auch befürchtet der Pfarrer Vandalismus und unsachgemäßen Gebrauch der Verhütungsmittel.

Das Thema erregte auch die Gemüter der einheimischen Bevölkerung. Im Internetforum „Tutuvata Forum- Guadalcanal Connection“ wurde pro und contra der Automaten diskutiert.

Die Aufstellung der Automaten ist Teil eines AIDS-Projektes von „World Vision“. Dieses internationale christliche Hilfswerk unterstützt seit über 50 Jahren Kinder und ihre Familien in Entwicklungsländern im Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit. Die Hilfe reicht von der kurzfristigen Versorgung von Flüchtlingen oder Opfern einer Naturkatastrophe bis zu langfristigen Entwicklungshilfeprojekten.

(ABC Radio Australia 14.01., 17.01.08, <http://tutuvatu.informe.com/condom-vending-machines-dt1076.html>, http://www.worldvision.de/projekte_hiv-und-aids.php)

Internet erreicht fernste Winkel

Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union und Japans

konnte das „People First Network“ einen Hochgeschwindigkeitsinternetzugang in die Marovo-Lagune (Western Province) legen. Damit ist das „Rural Training Centre“, eine aus traditionell mit Palmblättern gedeckte „Buschhütte“ im Dorf Batuna, an das weltweite Datennetz (world wide web, www) angebunden. Eine kabellose Verbindung mittels eines Breitband-Satelliten zwischen dem 25 Kilometer entfernten „Bekabeka Distance Learning Centre“ und Batuna machte dies möglich.

Der neue Internetzugang ermöglicht den rund 11.000 Bewohnern der Lagune ab sofort die Teilnahme an den elektronischen Fernlehrgängen, die das Bildungsministerium der Salomonen mit Hilfe der Europäischen Union entwickelt hat.

Das People First Network für ländliche Entwicklung (auch „Pipol Fastaem“) wurde 2001 von David Leeming als Teil des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und des „Solomon Islands Development Administration Planning Programme“ gegründet. Ursprünglich waren dazu überall auf den Salomonen kleine Internetterminals eingerichtet worden. Ziel war es, die durch den Bürgerkrieg zwischen den Bewohnern der Inseln Guadalcanal und Malaita verfeindeten Gruppen über E-Mail zu „Friedensstiftern“ zu machen und ihnen ein Forum für Friedensverhandlungen und Diskussionen zu bieten. Später entwickelte sich das P.F. Network zur Basis der von der Regierung initiierten Bildungskampagne. Vor allem im ländlichen Raum sollen Menschen die Möglichkeit haben, an den Bildungsmöglichkeiten der Stadtbewohner teilzuhaben.

Die Technik der Empfangsstationen in den Dörfern ist simpel und robust: Die Daten fließen über Kurzwellen-Funk von den Inseln zur Zentrale und zurück, mit immerhin fünf Kilobit pro Sekunde. Frauen, von freiwilligen

Helfern zu Internet-Expertinnen ausgebildet, sind in den Web-Dörfern für den Gemeinderechner verantwortlich. Die E-Mails gehen auf einem gebrauchten Laptop ein, den Solarzellen mit Strom versorgen.

Info: Die Marovo-Lagune ist ein 150 Kilometer langes Korallenriff- und Inselökosystem im Süden der Insel New Georgia, die wiederum im Westen der Salomonen liegt. Die Lagune ist vom World Wide Fund for Nature (WWF) offiziell als längste von einer Insel geschützte Salzwasserlagune der Erde anerkannt.

(<http://www.peoplefirst.net.sb>, Solomon Times 16.01.08)

FIDSCHI

Bainimarama ernannt sich zum Vorsitzenden

Der fidschianische Interimspremierminister Frank Bainimarama hat sich sezum Vorsitzenden des „Great Council of Chiefs“ (GCC) ernannt. Damit kann er ab sofort über die Aufnahme neuer Mitglieder in den Rat entscheiden. Die eigenmächtige Ernennung hat heftige Kritik ausgelöst. Der neue Vorsitzende gab zudem gleich Änderungen bekannt. In den „Bose Levu Vakatura“- so der fidschianische Name des GCC - darf ab sofort nicht mehr aufgenommen werden, wer eine Haftstrafe verbüßt, in den letzten zehn Jahren verurteilt wurde, in den letzten sieben Jahren ein öffentliches Amt innehatte, offizielles Parteimitglied ist oder sich bei den Wahlen hat aufstellen lassen.

Im GCC sitzen je drei Vertreter der 14 Provinzen und der Insel Rotuma sowie der Präsident, der Vize-Präsident, der Premier und sechs vom Präsidenten bestimmte Personen. 45 der 52 (andere Quellen nennen 55) Mitglieder des GCC werden zwar direkt von den Räten der Provinzen gewählt, doch hat Bainimarama nun das Recht, eine Vorauswahl unter den Kandidaten zu treffen.

Der GCC versammelt die einflussreichsten Titelträger Fidschis und wählt sowohl den Präsidenten als auch den Vize-Präsidenten. Auch 14 der 32 Senatoren werden vom GCC gewählt. Er ist eine neotraditionelle Institution, die unter dem ersten Gouverneur Fidschis, Sir Arthur Gordon, ins Leben gerufen wurde. Durch die Stärkung der traditionellen Eliten und der Titelträger im britischen System der so genannten „indirect rule“ erhielt der Great Council of Chiefs eine starke Machtposition in der Kolonie und später im postkolonialen Staat. Ursprünglich als Garant für die Vormachtstellung fidschianischer Interessen gesehen, zeichnen sich in den letzten Jahren auch innerhalb des GCC zunehmende Divergenzen aus, die die allgemeine zunehmende politische Heterogenität in Fidschi widerspiegeln. So finden sich im Council sowohl Ethno-Nationalisten wie Adi Litia Cakobau oder Demokraten wie Ratu Joni Madraiwiwi.

Im April 2007 hatte Bainimarama den damaligen GCC aufgelöst und alle Mitglieder entlassen. Mit seiner Ernennung zum Vorsitzenden rief er das Gremium nun erneut ins Amt. (*AAP und Pacific Magazine* 19.02.08, *ABC* 20.02.08, *Email Dr. Sina Emde* 25.02.08)

Auswanderung nach Kanada

2.455 Fidschianer sind in den Jahren 2001 bis 2006 nach Kanada ausgewandert. Das gab das kanadische Statistikamt „Statistics Canada“ jetzt bekannt. Damit ist die Zahl der Auswanderer im Vergleich zu den Vorjahren etwas gestiegen. Von 1996 bis 2000 waren 2.145 Fidschianer ausgewandert. In den Jahren von 1991 bis 1995 waren es sogar 5.020 Fidschianer. Allein in der Provinz British Columbia leben heute ca. 112.000 Fidschianer. Nach Angaben fidschianischer Behörden begann die systematische Aus-

wanderung nach Kanada ab 1987.

Der indu-fidschianische Konsul für Kanada, Ashwant Dwivedi, begrüßte die große Zahl der Auswanderer. Diese stärkten Fidschis Exportwirtschaft, da die in Kanada lebenden Fidschianer Produkte aus ihrer Heimat importierten. Vor allem Obst und Gemüse wird nach Kanada eingeführt, des Weiteren das Mineralwasser „Fiji Water“. (*Fiji Times* 03.02.07, 07.01.08, *South Asean Post* 18.01.08)

Levuka ersucht um Anerkennung als Weltkulturerbe

Die Kleinstadt Levuka auf der Insel Ovalau im Fidschi-Archipel ersucht um die Anerkennung als Weltkulturerbe der UNESCO wegen der historischen Rolle, die der heutige Verwaltungssitz der Provinz Lomaiviti bei der Gründung des seit 1970 unabhängigen Staates Fidschi gespielt hat. Levuka ist die erste von europäischen Siedlern gegründete Stadt in Fidschi. Die Gebäude in der Stadt stammen zum großen Teil noch aus den Jahren um 1800. Dazu zählt auch das 130 Jahre alte „Royal Hotel“, das das älteste sich noch in Betrieb befindliche Hotel des Pazifiks ist.

Fidschi war seit 1874 bis 1970 britische Kronkolonie, die Verwaltung erfolgte von Levuka aus. Bereits 1987 hatte die Regierung von Fidschi die alte Kolonialstadt zum kulturellen Erbe der Nation ernannt.

Das Kultusministerium Fidschis arbeitet eng mit der UNESCO zusammen, um sowohl die Stadt an sich als auch die Insel Ovalau zum Welterbe erklären zu können. Frühestens 2009 kann jedoch mit einer Entscheidung gerechnet werden. Von einem positiven Bescheid verspricht sich vor allem die Tourismusindustrie eine Belebung des Marktes. (*ABC Radio Australia* 04.02.08, *Fiji Times* 30.01.08)

NEUKALEDONIEN

Militärübung mit Partnern

Die Seestreitkräfte Neukaledoniens (French Armed Forces of New Caledonia, FANC) nehmen seit Anfang Februar an einem sechswöchigen Manöver vor der Küste Australiens teil. FANC folgte einer Einladung der „Royal Australian Navy“ (RAN). An dem Manöver sind die Marine von Neukaledonien, Australien und Neuseeland beteiligt. 22 Schiffe aus den drei Staaten kreuzen vor Queensland und Townsville. Dort üben sie sowohl an Bord, als auch Landungsgänge an der Küste. Die militärische Übung mit dem Codenamen „FCP-08“ (Fleet Concentration Period) soll Kenntnisse der Marinesoldaten auffrischen. Außerdem werden verschiedene Manöver geübt, u. a. die Verteidigung bei Angriffen auf hoher See.

Die gemeinsame Übung dient der Verbesserung der Kenntnisse der australischen Streitkräfte „Australian Defence Force“. Diese setzen sich ebenso wie die Anrainerstaaten Neuseeland und Neukaledonien für einen sicheren und friedlichen Pazifik ein. Später im Jahr werden sich die Marinestreitkräfte aller drei Staaten auch an der jährlichen Übung „Kreuz des Südens“ beteiligen.

Frankreich (Neukaledonien ist eine französische „Collectivité sui generis“), Australien und Neuseeland hatten bereits Anfang der 1990er Jahre einen Vertrag geschlossen. „FRANZ“ diente ursprünglich dazu, die Katastrophenhilfe im Falle von Natur- und Umweltschutzkatastrophen (vor allem Zyklone und Tsunamis) auf den anderen pazifischen Inseln zu koordinieren. Der Vertrag wurde jedoch zwischenzeitlich auf die gegenseitige militärische Unterstützung ausgeweitet.

(*Pacific Magazine* 04.02.08, *Oceania Flash* 29.03.07, 05.02.08, <http://www.ambafrance-au.org/>)

MIKRONESIEN

Bekleidungsindustrie vor dem Aus

Nördliche Marianen: Mit der Mitte Februar erfolgten Schließung zweier großer Bekleidungsfabriken, Mirage Saipan Co. Ltd. und Commonwealth Garment Manufacturing Inc., hat sich die Krise in der Bekleidungsindustrie der Insel Saipan weiter verschärft. 125 Gastarbeiter, überwiegend aus China und den Philippinen, und 31 einheimische Arbeiter verloren ihren Job. Zweidrittel der auswärtigen Arbeiter kehrten in ihre Heimatländer zurück, die verbleibenden sollen in anderen Fabriken unterkommen oder umgeschult werden.

Seit Anfang dieses Jahres haben bereits vier Bekleidungsfabriken ihre Tore geschlossen. Dadurch verloren 687 Gastarbeiter und 95 Einheimische ihre Arbeit.

Gründe für die massenhafte Schließung der Fabriken sind die niedrigeren Lohn(neben)kosten in asiatischen „Billiglohnländern“ wie China sowie die Einführung eines Mindestlohnes für die überwiegend weiblichen Textilarbeiter in Saipan. Die Schließungen begannen bereits im Januar 2005, als die Welthandelsorganisation WTO Handelsbeschränkungen aufhob.

Von den ehemals 34 Bekleidungsfabriken mit über 30.000 Angestellten existieren heute nur noch sechs, alle auf der Insel Saipan. Früher trug die Textilindustrie der Regierung der Nördlichen Marianen jährlich eine Direktsteuer in Höhe von 60 Millionen US Dollar ein. Heute sind es nur noch 8 Mio. US Dollar jährlich.

Info: Saipan ist die größte Insel und Hauptstadt der sich über 650 Kilometer erstreckenden Inselkette der Nördlichen Maria-

nen (Commonwealth of the Northern Marianas Island). Die Insel ist annähernd 20 km lang und 9 km breit.

Während der Kolonialherrschaft Japans von 1914 bis 1944 wurden die Zucker- und Fischindustrie erheblich gefördert. Heute sind die wirtschaftlichen Standbeine der Tourismus und die Textilindustrie. Die Löhne der Textilarbeiterinnen auf Saipan zählen zu den niedrigsten in der Branche weltweit. Die Insel ist ein sogenanntes „Steuerparadies“. Als Außengebiet der Vereinigten Staaten von Amerika ist Saipan von einigen US-Gesetzen befreit, vor allem im Sozial- und Einwanderungsrecht. Als Folge davon betrug der Durchschnittslohn in der Textilindustrie etwa die Hälfte des US-Minimallohns.

Im Januar 1999 verfassten US-amerikanische Gewerkschaften und Verbände eine Sammelklage im Namen der Textilarbeiter, da diese quasi wie Sklaven behandelt wurden. Im April 2003 wurde mit 27 Textilfirmen und -händlern, darunter bekannte Firmen wie The Gap, Tommy Hilfiger, Abercrombie & Fitch und Polo Ralph Lauren ein Vergleich über 20 Millionen US-Dollar ausgehandelt. Einzig die Firma Levi Strauss & Co. weigerte sich, den Vergleich anzuerkennen. Im Januar 2004 wurde das Verfahren gegen diese Firma eingestellt. (*Saipan Tribune* 11.02.08, *ABC* 15.02.08, <http://www.humanrightsproject.org>, *Wikipedia*)

Flüchtlingslager wird geschlossen

Nauru: Seit dem 20. September 2001 existieren auf der mikronesischen Insel Nauru zwei Flüchtlingslager namens "Top Side" und "State House", in denen zunächst Afghanen und später Sri-Lanker untergebracht waren. Die Lager waren infolge einer Schiffskatastrophe im August 2001 entstanden. Ein norwegi-

scher Frachter rettete damals 433 Menschen von einer sinkenden Fähre vor Indonesien und brachte sie zur australischen Weihnachtsinsel. Australien weigerte sich jedoch, den Flüchtlingen Asyl zu gewähren und schloss stattdessen eine Vereinbarung mit Nauru, das einen Teil der Flüchtlinge aufnahm. Nachdem das "Top Side"-Flüchtlingslager bereits 2004 geschlossen wurde - Australien ließ nun doch zahlreiche Flüchtlinge einreisen -, soll im März 2008 auch das zweite Lager "State House" aufgegeben werden. Die verbliebenen Lagerbewohner haben kürzlich Asyl von Australien erhalten.

Die Entscheidung zur Schließung des Lagers wurde in Nauru nicht nur mit Begeisterung aufgenommen. Die von Australien jährlich entrichteten Pachtzahlungen entsprechen 20 % des Bruttoinlandsprodukts von Nauru. Die Nauruer befürchten bei einem Wegfall der australischen Zahlungen den Bankrott ihres finanziell ohnehin schon angeschlagenen Staates.

Der längst fällige Schritt Australiens, die Lager aufzugeben, ist als Folge des pro-pazifischen Kurses des neuen Premierministers Kevin Rudd (Australische Arbeiterpartei) zu interpretieren. Mit seiner Wahl steht das Ende der unter dem ehemaligen Premier John Howard eingeführten "Pacific-Solution"-Politik (dt. pazifische Lösung) fest. Zweck der "Pacific Solution" war es, Asylsuchende in Auffanglagern auf verschiedenen pazifischen Inseln (Manus Island, Christmas Island und Nauru) unterzubringen, anstatt sie auf das australische Festland zu bringen. (*Radio New Zealand International* 6.2.2008, http://de.wikipedia.org/wiki/Nauru_Detention_Centre 6.2.2008)

Ex-Sportler wird Regierungschef

Nauru: Marcus Stephen ist am 19. Dezember 2007 zum neuen Präsidenten der 21 Quadratkilometer großen mikronesischen Insel Nauru gewählt worden. Er ersetzt Ludwig Scotty, der im Zuge eines Misstrauensvotums mit 10 zu sieben Stimmen sein Amt aufgeben musste. Scotty war erst am 25. August bei den im dreijährigen Turnus stattfindenden Wahlen wiedergewählt worden, nachdem er erstmals im Oktober 2004 zum Präsidenten und Staatsoberhaupt gewählt worden war.

Stephen ernannte noch am gleichen Tag sein Kabinett. Im Zuge von Restrukturierungen reduzierte er die Anzahl der Portefeuilles auf sechs. Sowohl das Staatsoberhaupt Marcus Stephen als auch seine fünf Minister haben nun in Personalunion je zwei bis drei Ministerien inne. Stephen machte sich zum Innenminister, zum Minister für den Öffentlichen Dienst sowie zum Vorsitzenden des „Nauru Phosphate Royalties Trust“, einem Fonds zur Verwaltung der Gewinne aus dem Phosphatabbau.

Nach dem Ende des Phosphatabbaus vor vier Jahren steckt Nauru in einer tiefen Finanzkrise, die Regierung unter Scotty scheiterte an Versuchen, die Wirtschaftskraft des Staates erneut zu stärken. Stephen hat zugesagt, Nauru vor dem drohenden Bankrott zu retten.

Der am 1. Oktober 1969 geborene Marcus Stephen ist Pazifikweit zumindest unter Sportlern kein Unbekannter. Er spielte zunächst Australian Football für die lokale Mannschaft Aces, entschied sich dann aber fürs Gewichtheben. 1989 wurde ihm zur Liebe die *Nauru Weightlifting Federation (NWF)* gegründet, um den damals einzigen ProfiwGewichtheber Stephen bei internationalen Wettkämpfen starten zu lassen. 1992 nahm Marcus Stephen erstmals an den Olym-

pischen Spielen in Barcelona teil. Da es damals noch kein Olympisches Komitee in Nauru gab, beantragte er erfolgreich die Staatsbürgerschaft Samoas und durfte für Samoa starten. 1993 erfolgte dann die Gründung des Komitees in Nauru und somit konnte Stephen in Atlanta 1996 und in Sydney 2000 für Nauru antreten. Beim olympischen Fackellauf nach Sydney durfte Stephen die Fackel bei ihrem Halt in Nauru tragen.

Bei den „Commonwealth Games“ erreichte er seine größten Erfolge: 1990 gewann er die Goldmedaille im Reißen in der Kategorie bis 60 kg. 1994 in der Kategorie bis 59 kg und 1998 in der Kategorie bis 62 kg holte er je dreimal Gold. Bei seiner letzten Teilnahme 2002 in Manchester gewann er nochmals dreimal die Silbermedaille in der Kategorie bis 62 kg.

Den größten sportlichen Erfolg feierte Stephen 1999 bei den Weltmeisterschaften in Athen, als er Vizeweltmeister im Stoßen in der Kategorie bis 62 kg wurde.

Info: In der am 31. Januar 1968 von Australien unabhängig gewordenen Republik Nauru leben ca. 14.000 Menschen in 14 Verwaltungsdistrikten. Eine Hauptstadt gibt es nicht, die Regierungsgebäude befinden sich im Distrikt Yaren. (*Wikipedia, Flash d'Océanie 20.12.07, <http://www.awf.com.au/resources/docs/H.E.Marcus%20Stephen.pdf>*)

Fischer überleben elf Tage auf hoher See

Nauru: Drei Fischer aus Nauru haben Anfang Januar elf Tage in einem kleinem Aluminiumboot auf hoher See überlebt. Nachdem die Gruppe zu einem Angel-Tagesausflug aufgebrochen war, wurde das Boot von einer starken Strömung Richtung Südwesten abgetrieben. Aufgrund eines Motordefekts konnten die Fischer nicht in ihre Heimat zurückkehren. Am 13. Ja-

nuar wurden die verschollenen Männer, die sich lediglich von einem Thunfisch und einem Hai ernährt hatten, jedoch von einem taiwanesischen Schiff nahe Papua-Neuguinea gerettet und nach Majuro (Marshallinseln) gebracht. Von dort konnten die Fischer wohlbehalten nach Nauru zurückfliegen. (*Radio NZ International 28.01.08*)

Weltweit größtes Naturschutzgebiet

Kiribati: Kiribati hat das Territorium der Phoenixinseln (auf halbem Wege zwischen Hawaii und Fidschi gelegen) am 30. Januar 2008 zum Naturschutzgebiet erklärt. Mit einer Meeresfläche von rund 185.000 Quadratkilometern handelt es sich um das größte Naturschutzgebiet unseres Planeten. Der kommerzielle Fischfang ist aufgrund dieser Entscheidung zukünftig untersagt. Kiribati hatte bereits vor zwei Jahren auf einer UN-Konferenz in Brasilien angekündigt, die Phoenixinseln als Schutzgebiet ausweisen zu wollen.

In dem nunmehr geschützten Gebiet sind bisher 120 Korallenarten und 520 Fischarten bekannt. Außerdem gibt es große Brutkolonien für Wasservögel und viele der vom Aussterben bedrohten Riesenmeeresschildkröten.

Die Phoenixinseln sind einer von drei Archipelen, aus denen sich die 1979 gegründete Republik Kiribati im Zentralpazifik zusammensetzt. Von den insgesamt acht Phoenixinseln (zusammen knapp 28 Quadratkilometer Landfläche) wird lediglich das größte Atoll Kanton, auch Abariringa genannt, von derzeit 41 Menschen bewohnt. (*Radio New Zealand International, 30.1.08, Reuters 14.02.08*)

Neuer Präsident

Marshallinseln: Litokwa Tomeing ist seit dem 7. Januar 2008 neuer Präsident der Republik der Marshallinseln. Tomeing, Mitglied der Partei "Aelon Kein Ad" ("Unsere Inseln"), löst damit den seit acht Jahren amtierenden Kessai Note ab. Bei der Wahl zum Präsidenten im marshallischen Parlament (Nitijela) konnte sich Tomeing knapp mit 18 zu 15 Stimmen gegen seinen Amtsvorgänger durchsetzen. Nach dem bürgerlichen Kessai Note kehrt damit ein traditioneller Häuptling (Iroij) in das Amt des marshallischen Staats- und Regierungschefs zurück. Bereits wenige Tage nach der Präsidentenwahl stand das neue, zehnköpfige Kabinet fest.

Mit der Wahl von Litokwa Tomeing gehen Vermutungen über einschneidende Wechsel in der marshallischen Außenpolitik einher. Die Marshallinseln zählen zu denjenigen Staaten, die die Republik China (Taiwan) anerkennen und mit diesem Land diplomatische Beziehungen unterhalten. Als "Gegenleistung" erhalten die Marshallinseln Finanzhilfen, die etwa zur Unterhaltung der Flotte der nationalen Fluggesellschaft "Air Marshall Islands" verwendet werden. Zahlreiche Experten vermuten unter der neuen Führung eine Annäherung zwischen den Marshallinseln und der Volksrepublik China, was mit dem Ende der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan gleichzusetzen wäre. Derartige Veränderungen sind nach den ersten Wochen der Regierung Tomeing jedoch nicht eingetreten. Tomeing wurde zudem ein distanzierteres Verhältnis zum größten Geldgeber des Landes, den USA, nachgesagt. Der Hauptstreitpunkt zwischen dem mikronesischen Inselstaat und seiner ehemaligen Kolonialmacht ist das Raketentestgelände auf dem Atoll Kwajalein. Die USA haben einen Teil des Atolls für militärische Zwecke bis zum Jahr 2086 gepachtet. Doch soll laut des marshallischen Außenministers Tony deBrum ab

dem Jahr 2016 eine neue Landnutzungsvereinbarung zu modifizierten Bedingungen zugunsten der einheimischen Landbesitzer geschlossen werden.

Der Wahl des Präsidenten ging eine turbulente und bisweilen chaotische Abstimmung über die Zusammensetzung des Parlaments im November 2007 voraus (Pazifik aktuell Nr. 72 berichtete). Am Wahltag konnten aufgrund schlechter Organisation und widriger Wetterbedingungen zahlreiche Wahllokale erst Stunden nach dem offiziellen Abstimmungsbeginn geöffnet werden. Darüber hinaus kam es zu Verletzungen des Rechts auf geheime Wahl - einige Wähler mussten ihren Namen auf den Stimmzettel schreiben. Die neue Regierung hat bereits angekündigt, die Vorfälle rund um die Wahl zu untersuchen, um für die kommenden Abstimmungen geordnete Verhältnisse schaffen zu können. (*Marshall Islands Journal 11.01. und 18.01.08*)

Bald wieder Flugbetrieb?

Marshallinseln: Die beiden Flugzeuge der nationalen Fluggesellschaft der Marshallinseln "Air Marshall Islands" müssen vorerst am Boden bleiben. Während die Dornier 228 bereits seit August 2007 außer Dienst steht, musste die Gesellschaft ihre Dash 8 im Oktober aufgrund von Fahrwerksproblemen stilllegen. Zur Zeit fehlt noch das Geld zur Reparatur der beiden Maschinen, doch die Regierung der Republik China (Taiwan) hat bereits versprochen, für die anfallenden Kosten aufzukommen. (siehe auch Artikel "Neuer Präsident" in dieser Ausgabe der Pazifik aktuell). Der Ausfall der Flugzeuge wiegt besonders schwer, da zu den meisten Atollen keine alternative Flugverbindung besteht. Der Transport von Menschen und Gütern wird unterdessen von Schiffen übernommen. (*Marshall Islands Journal 14.12.07*)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Proteste gegen Linksverkehr

Samoa: Mitte Dezember fand in Samoa die seit fünf Jahren größte Demonstration statt. 15.000 Menschen (Gesamteinwohnerzahl ca. 215.000) zogen vom Regierungsgebäude in der Hauptstadt Apia zum Parlament in Tiafau. Ausgelöst worden war die Demonstration auf die Ankündigung der Regierung hin, zum 1. Juli 2009 den Linksverkehr in Samoa einzuführen. Bisher herrscht Rechtsverkehr, trotz der kolonialen Vergangenheit der Insel. Ab 1920 stand Samoa unter neuseeländischem Völkerbundsmandat, ab 1946 bis zur Unabhängigkeit 1962 war die Insel neuseeländisches Treuhandgebiet. In Neuseeland wird links gefahren.

Obwohl die Demonstranten über 33.000 Unterschriften gegen das Linksfahrgebot sammelten, ist der Entschluss der Regierung unumstößlich. Sie begründete die Änderung damit, dass die bisher aus Amerika importierten Wagen zu große „Spritschleudern“ seien und man mit neuseeländischen Autos wesentlich umweltschonender und billiger fahren könnte. Bislang brauchte man für aus Commonwealth-Staaten importierte PKWs, die die Steuer auf der rechten Seite des Wagens haben, eine spezielle Einfuhr- und Fahrgenehmigung. Zum 1. Februar wurde diese Regelung außer Kraft gesetzt, der Import von Wagen mit dem Steuer auf der rechten Seite aus Neuseeland und Australien hat bereits begonnen.

Die Demonstrierenden trugen weiße T-Shirts mit dem roten Aufdruck „Say No to RHD“ (Sagt nein zum rechtshändigen Fah-

ren). Sie überbrachten der Regierung gemeinsam mit den Unterschriften auch eine Liste der Gründe, warum die Umstellung auf den Linksverkehr nicht akzeptabel sei. So fürchtet man um die Sicherheit von Schulkindern und Fußgängern im dann umgekehrten Straßenverkehr und sieht vor allem bei Leihwagenfirmen immense Kosten auf die Besitzer der Mietwagen zukommen. Auf die 17.000 Halter von zugelassenen Fahrzeugen mit dem Lenkrad auf der linken Seite kämen enorme Umgewöhnungsschwierigkeiten im Straßenverkehr zu. (*One News 18.12.07, NZ Herald 17.12.07, Newslines Newspaper Samoa 18.12.07, Radio NZ International 08.01.08*)

Mehr Touristen

Samoa: Die Vorsitzende der samoanischen Hotelgesellschaft, Nynette Sass, hat bekanntgegeben, dass im Jahr 2007 5,5 % mehr Touristen nach Samoa kamen als im Vorjahr. Ein Großteil der insgesamt 122.000 Besucher stammte aus Neuseeland (rund 50.000 Menschen), gefolgt von Australiern (22.000 Personen). Lediglich die Zahl der Touristen aus den USA und Europa sei leicht rückläufig. Man wolle sich bei zukünftigen Werbekampagnen insbesondere auf Neuseeland, Australien und die westliche USA konzentrieren, so Nynette Sass. (*Radio New Zealand International 05.02.08*)

Niue wählt im April

Niue: Der Premierminister von Niue, Young Vivian, hat für den April 2008 Wahlen auf der etwa 1.500 Einwohner zählenden Insel angekündigt. Ein exaktes Datum werde jedoch erst im Februar festgelegt. Die Wahlen in Niue finden alle drei Jahre statt.

Niue ist ein sich selbst verwaltes, souveränes Gebiet in freier Assoziation mit Neuseeland. Die Insel umfasst 13 Gemeinden auf einer Landfläche

von 260 Quadratkilometern. Die nächstgelegenen Staaten sind Samoa und das Königreich Tonga. (*Radio New Zealand International 16.01.08*)

Wahlen in Tokelau

Tokelau: In Tokelau wurden am 17., 18. und 19. Januar neue Inseloberhäupter (Faipule), Bürgermeister (Pulenuku) und Mitglieder des Parlaments (General Fono) gewählt. Während die Wähler aus Atafu und Nukunonu ihre bisherigen Faipule (Kuresa Nasau und Pio Tuia) im Amt bestätigten, wurde auf Fakaofu erstmals Foua Toloa zum Inseloberhaupt gewählt. Die neuen Bürgermeister heißen Tinielu Tumuli für Fakaofu, Lino Isaia für Nukunonu und Nouata Tufoua für Atafu.

Auch bei der Zusammensetzung des Parlaments kam es zu einigen Neuerungen im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode. In Tokelau wird die Anzahl der Parlamentssitze nach der Einwohnerzahl der Atolle verteilt. Atafu und Fakaofu stellen gemäß des Zensus' aus dem Jahr 2006 je sieben Parlamentsmitglieder, Nukunonu stehen lediglich sechs Sitze zu. Die Amtseinführung der Volksvertreter wird voraussichtlich in der dritten Februarwoche stattfinden. Dann wird auch der neue Regierungschef (Ulu-o-Tokelau) Pio Tuia sein Amt von Vorgänger Kuresa Nasau übernehmen. (*Radio New Zealand International 21.01.08*)

Museum für Fischer geplant

Cookinseln: Auf Aitutaki soll ein Museum in Erinnerung an den im Jahr 2002 auf der Insel geborgenen tahitianischen Fischer gebaut werden. Das haben Vizepremierminister Sir Terepai Maoate (Cookinseln) und der Präsident von Französisch-Polynesien bei einem Treffen in Pape'ete Ende letzten Jahres

vereinbart. Das Museum wird mit Geldern aus Französisch-Polynesien gebaut, wie Projektkoordinator Francis Garnier mitteilte. Es soll an den 60-jährigen Fischer Raio'ao'a Tauae erinnern, der im Juli 2002 nach fünfmonatiger Odyssee auf dem Meer auf ein Motu vor Aitutaki angetrieben worden war (*Pazifik aktuell berichtete*).

Dem aus der Gemeinde Fa'aa (Tahiti) stammenden Fischer war der Treibstoff für sein Motorboot ausgegangen, dieses war dann durch Strömungen und Winde aufs offene Meer getrieben worden. Die fünf Monate auf offener See überlebte der Fischer dank des aufgefangenen Regenwassers und dank des Verzehrs roher Fische. Er verlor dabei 31 Kilo.

Das Museum soll neben dem Tourismusbüro in Amuri erbaut werden. Neben einer Bibliothek soll es auch das Original-Boot des von den Cookinsulanern „Papa Ru“ getauften Tahitianers ausstellen. Koordinator Francis Garnier erklärte, das Museum würde bestimmt zum Wahrzeichen Aitutakis avancieren, da es an die außergewöhnliche Überlebensgeschichte eines Menschen erinnere. (*Cook Islands News 19.12.07*)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Tong Sings Parteibündnis gewinnt Wahl vor Temaru; Flosse abgeschlagen auf Platz drei

Französisch-Polynesien: Bei den Wahlen zur Landesversammlung am 27. Januar und 10. Februar 2008 hat das erst vor wenigen Monaten gegründete Wahlbündnis To Tatou Ai'a („Unser Land“) aus acht oppositionellen Splitterparteien unter Führung des ehemaligen, von Dezember 2006 bis September 2007 amtierenden, Präsidenten

Gaston Tong Sang überraschend eine deutliche Mehrheit der Sitze gewonnen. Das Parteienbündnis „Union Pour La Democratie“ (UPLD) des amtierenden Präsidenten Oscar Temaru, der seit September 2007 eine von Ex-Präsident Gaston Flosses Fraktion tolerierte Minderheitsregierung bildete, wurde zweitstärkste Partei. Flosses von 1991 bis 2004 regierende Partei „Tahoeraa Huiraatira“ („Vereinigung des Volkes“), von der sich die meisten der in Tong Sangs Bündnis enthaltenen Parteien abgespalten hatten, kam dagegen weit abgeschlagen auf den dritten Platz.

In einem einseitigen, von der Mehrheit der Landesversammlung abgelehnten Reformprozess hatte die französische Regierung im Herbst letzten Jahres das Wahlsystem modifiziert und vorgezogene Neuwahlen ausgeschrieben, mit dem Ziel, der seit vier Jahren andauernden politischen Instabilität ein Ende zu setzen. Erstmals gab es bei einer Wahl zum Landesparlament zwei Wahlgänge.

In der ersten Wahlrunde am 27. Januar erreichte To Tatou Ai'a (mit verbündeten Parteien auf den Tuamotu- und Marquesas-Inseln) landesweit 36,52 %, vor der UPLD mit 32,83 % und bereits deutlich vor der Tahoeraa mit 21,82 %. Die mit einem hohen moralischen Anspruch angetretene, seit Jahren als konstruktive Oppositionspartei politisch neutral gebliebene Partei „No Oe E Te Nunaa“ („Für Dich, Volk“) unter der Führung von Nicole Bouteau erreichte mit 5,40 % den vierten Platz. Zehn andere Listen erreichten jeweils deutlich unter 1 %.

Entsprechend dem oktroyierten neuen Wahlgesetz dürfen in der zweiten Runde all diejenigen Listen antreten, die im ersten Wahlgang mehr als 12,5 % der Stimmen erhalten haben, während Listen, die mehr als 5 % erhielten, die Möglichkeit haben,

mit einer der größeren Listen zu fusionieren.

Während des Wahlkampfes und zwischen den beiden Wahlrunden stieß die Haltung des französischen Staatssekretärs für Überseegebiete Christian Estrosi auf starke Kritik. In den Monaten vor der Wahl war Estrosi ungewöhnlich häufig nach Tahiti gereist und hatte sich jedes Mal auffällig positiv gegenüber Tong Sang verhalten und damit letzteren implizit im Wahlkampf unterstützt. Unmittelbar nach dem ersten Wahlgang telefonierte er mit Nicole Bouteau und Gaston Flosse und forderte beide auf, sich für die Stichwahl mit Tong Sangs Liste zusammenzutun. Bouteau lehnte dies empört ab und zog es vor, ihren Ideen treu zu bleiben und vorerst aus der aktiven Politik auszuschneiden. Flosses Partei lehnte ebenfalls ab, so dass die drei führenden Parteien unverändert zur zweiten Runde antraten. Zur gleichen Zeit gratulierte die Führung der in Frankreich regierenden UMP-Partei Estrosi für die „erfolgreiche Durchführung der Wahl“, was mehr denn je den Eindruck verstärkte, Estrosi habe in manipulativer Weise zugunsten Tong Sangs in den Wahlvorgang eingegriffen, worüber sich sowohl Temaru als auch Flosse massiv empörten. Temarus UPLD leitete in Folge eine Rechtsbeschwerde gegen Estrosi wegen Einmischung in den Wahlprozess ein.

Das Ergebnis der Stichwahl verstärkte die Tendenz der ersten Runde. „To Tatou Ai'a“ mit verbündeten Listen erreichte 45,12 % und erhielt damit 27 Sitze in der 57 Abgeordnete umfassenden Landesversammlung, zwei weniger als die absolute Mehrheit. Die UPLD kam mit 37,18 % auf 20 Sitze, während die Tahoeraa mit 17,16 % noch weiter absackte und nur zehn Sitze erhielt.

„To Tatou Ai'a's“ Erfolg verteilte sich mit ähnlichen Zahlen über weite Teile des Landes. Tong Sangs Koalition und mit ihm verbündete Listen lagen in fünf der

sechs Wahlkreise und in den meisten Gemeinden in Führung, insbesondere in der bisherigen Tahoeraa-Hochburg Pirae, wo Tong Sangs Liste die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt. Die UPLD führte wie erwartet in Temarus Heimatgemeinde Faaa, sowie in den von der Tahoeraa geführten Gemeinden Paea und Papara auf Tahiti, auf der Insel Moorea sowie in der Gemeinde Taputapuatea auf Raiatea und im Wahlkreis der östlichen Tuamotu-Inseln. Die Tahoeraa hingegen, bei der letzten Wahl 2004 auf den meisten der äußeren Inseln in Führung, erreichte nur noch im Wahlkreis der Australinseln den ersten Platz.

Diese Zahlen sind insbesondere vor dem Hintergrund der Anfang März stattfindenden Kommunalwahlen von Bedeutung, für die sich viele der bisher Flosses Partei angehörigen Bürgermeister vermutlich politisch umorientieren werden, um sich in einer drastisch veränderten politischen Landschaft ihre Wiederwahl zu sichern.

Trotz des erstaunlich guten Ergebnisses von Tong Sang fehlt ihm dennoch eine absolute Mehrheit. Mit drei untereinander grundsätzlich verfeindeten Fraktionen, die in allen Kombinationen eine Mehrheit bilden könnten, dauert die politische Instabilität des Landes weiter an. Nach der Stichwahl mischte sich Estrosi erneut in die lokale Politik ein und versuchte Flosse zu einer Koalition mit Tong Sang zu bewegen, da Paris scheinbar auf jeden Fall eine Wiederwahl des für die Unabhängigkeit des Landes eintretenden Präsidenten Temaru verhindern will.

Tong Sang und Flosses Schwiegersohn und Partei-Vize Edouard Fritch begannen in Folge Koalitionsverhandlungen, die aber zunächst an den überhöhten Forderungen der Tahoeraa scheiterten und abgebrochen wurden. In Folge verhandelten Temaru und Flosse über die Formierung einer Koalition, doch

in letzter Minute vor der konstituierenden Sitzung der Landesversammlung brach Flosses Partei diese Gespräche ebenfalls ab, nachdem Tong Sang sich bereit erklärt hatte, alle Forderungen von Flosse zu erfüllen. Fritch wurde dementsprechend am 22. Februar mit den Stimmen von To Tatou Ai'a und Tahoeraa zum Versammlungspräsidenten gewählt. Allerdings erhielt Fritch in der geheimen Wahl nur 36 Stimmen, gegen 21 für den UPLD-Gegenkandidaten Antony Geros. Ein unbekannter Abgeordneter aus der neuen Regierungskoalition hatte somit für Geros gestimmt.

Bei der Analyse des Wahlergebnisses im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen 2004 (äußere Inseln) und 2005 (Nachwahl auf Tahiti und Moorea) lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen: Die UPLD hat deutlich an Unterstützung verloren, da viele Wähler von den hinter den Wahlversprechen zurückliegenden Leistungen von Temarus Regierung enttäuscht sind. Temaru hatte zudem im Wahlkampf unüberlegte Äußerungen gemacht, die viele Wähler vor den Kopf gestoßen hatten. Entscheidend für den Mehrheitsverlust der UPLD war ebenfalls der Überlauf der Partei „Ai'a Api“ („Neues Mutterland“) von Emile Vernaudon, der ehemals zweitgrößten Komponente der UPLD, zu Tong Sangs Koalition. Die Kernformation der UPLD, Temarus Unabhängigkeitspartei Tavini Huiraatira, bleibt dagegen stark, und gewann gegenüber ihrem letzten alleinigen Antreten bei den vorangegangenen Territorialwahlen 2001 deutlich an Stimmen hinzu.

Erstaunlich ist die Meisterleistung Tong Sangs, eine deutliche Mehrheit erhalten zu haben, obwohl seine Partei erst seit wenigen Monaten existiert. Er präsentierte sich erfolgreich als Erneuerer, obwohl er selbst viele Jahre Minister unter Flosse gewesen war, und sich auf seiner

Liste viele korruptionsverdächtige und opportunistische Politiker befinden. Gegen Tong Sang selbst läuft ein Ermittlungsverfahren, da er in einem Korruptionsskandal aus seiner Zeit als Flosses Minister verwickelt ist. Sein Wahlerfolg ist zumindest teilweise durch die Einflussnahme des französischen Staates zu seinen Gunsten erklärbar. Viele Wähler sind durch die unkooperative Haltung Frankreichs gegenüber Temarus Regierung verunsichert und wünschen sich politische Stabilität und einen gesicherten Strom von Subventionsgeldern aus Frankreich, weshalb sie für denjenigen Kandidaten stimmten, der von Paris favorisiert wird. Ebenso entscheidend war die massive Stimmabgabe der immer zahlreicher werdenden französischen Siedler für Tong Sang, sowie ebenso der wirtschaftlich einflussreichen chinesischen Gemeinde. Tong Sang selbst ist chinesischer Abstammung, hat aber auch polynesischen Vorfahren.

Der massive Einbruch der einst allmächtigen Tahoeraa ist durch die Spaltung der Partei infolge des Zerwürfnisses zwischen Flosse und Tong Sang letztes Jahr zu erklären. Ein Flügel der bisherigen Tahoeraa-Stammwählerschaft, die französischen Siedler, die Chinesen und die polynesischen Oberschicht, ist beinahe geschlossen zu Tong Sang übergelaufen, was sich deutlich an Tong Sangs absoluten Mehrheiten in allen bürgerlichen Vorortgemeinden von Papeete ablesen lässt. Abgesehen von wenigen persönlich an Flosse gebundenen Personen aus diesen Wählerschichten hält die Tahoeraa nun nur noch ihre Stammwähler aus der tendenziös frankreichkritischen überwiegend ländlich polynesischen Bevölkerung. Da Temarus Stammwählerschaft dem gleichen Milieu entstammt, ist die politische Annäherung zwischen Temaru und Flosse seit Mitte letzten Jahres nicht so unlo-

gisch, wie sie auf den ersten Blick erscheint.

(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Eigene Beobachtung der Wahl, Les Nouvelles de Tahiti, la Dépêche de Tahiti)

Flosse erneut Präsident

Französisch-Polynesien: In der zweiten Sitzung der neu gewählten Landesversammlung Französisch-Polynesiens am 23. Februar wurde überraschend Gaston Flosse mit den Stimmen der UPLD von Oscar Temaru und seiner eigenen Partei Tahoeraa Huiraatira zum neuen Präsidenten gewählt. Flosse erhielt die Stimmen von 29 Abgeordneten, gegen 27 für Gaston Tong Sang, den Kandidaten der stärksten Fraktion To Tatou Ai'a. Ein unbekannter Abgeordneter hatte sich der Stimme enthalten. Temaru hatte seine Kandidatur in letzter Minute zurückgezogen, nachdem er sich mit Flosse in der Nacht zuvor auf eine Regierungskoalition geeinigt hatte. Die ursprünglich geplante Koalition zwischen To Tatou Ai'a und Tahoeraa war somit endgültig geplatzt. Edouard Fritch, der mit den Stimmen dieser geplanten Koalition zum Versammlungspräsidenten gewählt worden war, reichte deshalb seinen Rücktritt ein, da dieser Posten entsprechend der neuen Koalitionsvereinbarung der UPLD zusteht. Bei seiner Antrittsrede sagte Flosse, dass es an der Zeit sei, unter Einschluss aller politischen Kräfte eine „Regierung der Versöhnung“ zu bilden. Die sterile ideologische Debatte zwischen Befürwortern der Unabhängigkeit und der Autonomie müsse aufhören, und statt dessen mit Pragmatismus für die Zukunft des Landes gearbeitet werden, wobei er mit seiner jahrelangen politischen Erfahrung am ehesten geeignet sei, zwischen den beiden großen verfeindeten Fraktionen, UPLD und To Tatou Ai'a, zu vermitteln, obwohl er der kleinsten der drei Fraktionen angehört. Er rief auch Tong Sangs Partei dazu auf, sich an der Regierung zu betei-

gen, was letzterer aber empört ablehnte. Es wird erwartet, dass die Mehrheit der Minister in der neuen Regierung der UPLD entstammen wird. Unter den Anhängern von Flosse und Temaru stieß die Koalition überwiegend auf Zustimmung, obwohl sich einige bisherige UPLD-Anhänger von Temarus Taktieren irritiert und enttäuscht zeigten. Parteimitglieder und Anhänger von Tong Sang dagegen reagierten äußerst empört und sprachen von Wählerbetrug und Verfälschung des Wahlergebnisses, da ihrer Meinung nach Tong Sang als Führer der stärksten Fraktion Anspruch auf das Präsidentenamt habe. Temaru meinet dagegen, dass die Wahl Flosses für ihn das geringere Übel sei, und es wichtig war, die Wahl einer Marionette Frankreichs (wofür er Tong Sang hält) zu verhindern. Frankreichs Staatssekretär für Überseegebiete Christian Estrosi weigerte sich, Flosse zu gratulieren und beschränkte sich darauf, die Wahl „zur Kenntnis zu nehmen“.

Die in Frankreich regierende gaullistische Partei UMP, der Flosse seit Jahrzehnten angehört, brach daraufhin alle Kontakte zur Tahoeraa (die bisher als lokale Zweigstelle der UMP galt) mit sofortiger Wirkung ab, da Flosse nach Meinung des Parteisprechers durch seine Allianz mit Unabhängigkeitsbefürwortern die Ideale der UMP verraten habe. (Artikel von Lorenz Gonschor, *Hawaii*. Quellen: *Tahitipresse*, *Le Monde*, *Libération*)

Bürgermeister tritt Bündnis bei

Französisch-Polynesien: Der Bürgermeister der Gemeinde Faa'a auf der Insel Tahiti, Oscar Temaru, ist Mitte Dezember 2007 den „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) beigetreten. Die Petition der Bürgermeister erreichte Tahiti auf dem japanischen „Peace Boat“, das bereits Station in 126 Ländern gemacht hat, um dort

für Abrüstung und Frieden zu werben.

Die Bürgermeister für den Frieden wurden bei einer Sondersitzung zur Abrüstung am 24. Juni 1982 im UNO-Hauptquartier in New York von dem damaligen Bürgermeister von Hiroshima, Takeshi Araki, gegründet. Das seit 1990 offiziell bei den Vereinten Nationen als Nichtregierungsorganisation registrierte Bündnis von Bürgermeistern aus Städten und Gemeinden setzt sich für die Abschaffung von Atomwaffen ein.

Die internationale Nichtregierungsorganisation hat im Oktober 2003 die Kampagne "2020 Vision" (dt. atomwaffenfrei bis 2020) gestartet. Das Pazifik-Netzwerk e.V. ist Mitglied im Trägerkreis der Kampagne. Mayors for Peace ruft ihre Mitgliedsstädte auf, die Kampagne zu unterstützen, um sich so in die Verhandlungen über Atomwaffen einzumischen. Sie werden dabei von Friedensgruppen auf der ganzen Welt sowohl auf lokaler als auch internationaler Ebene unterstützt. Am 18. Oktober 2007 erhielten die Bürgermeister für den Frieden die Auszeichnung "Nuclear Free Future Award" in der Kategorie "Lösungen".

Zurzeit (27.02.08) beteiligen sich 2028 Städte aus 127 Ländern an den Mayors for Peace. 44 Städte in Australien sowie 30 Städte in Neuseeland sind Mitglieder der NGO. Auf den pazifischen Inseln machen mit die Städte Nadi und Suva (Fidschi), Majuro (Marshallinseln), Kolonia und Sokehs (Mikronesien), Tinian & Aguiguan (Nördliche Marianen), Port Moresby (Papua-Neuguinea) und Honiara (Salomonen). (Radio NZ International 17.12.07, <http://mayorsforpeace.org/>)

Neuer Bürgermeister

Pitcairnseln: Mike Warren ist neuer Bürgermeister von Pitcairn. Die 38 Wahlberechtigten

auf der 46 Einwohner zählenden Hauptinsel Pitcairn im Osten Polynesiens wählten ihn zum Nachfolger von Jay Warren, der seit dem 15. Dezember 2004 dieses Amt innehatte. Ebenso gewählt wurden neue Mitglieder des Inselrates.

Pitcairn, eine Insel vulkanischen Ursprungs, ist als einzige der Pitcairnseln bewohnt. Weitere Inseln der Gruppe sind Oeno mit dem dazugehörigen winzigen Sandy Island, Henderson und das Atoll Ducie. Pitcairn wurde am 2. Juli 1767 von dem Seekadett Robert Pitcairn entdeckt und ist seit 1838 britische Kronkolonie.

Die Pitcairnseln sind die letzte verbliebene britische Kolonie im Pazifik. Obwohl Großbritannien aus Kostengründen diesen Status gerne ändern würde, wehren sich die Bewohner seit Jahren erfolgreich dagegen, denn nur mit britischer Unterstützung ist ihr Verbleib auf der Insel gesichert. Nach außen werden die Pitcairnseln vom britischen Gouverneur in Neuseeland vertreten, die Verwaltung erfolgt durch einen High-Commissioner im neuseeländischen Auckland.

Der Magistrat und ein Bürgermeister verwalten die Pitcairnseln intern. Die Legislative wird vom Inselrat („Island Council“) gebildet, der auch gleichzeitig judikative Befugnisse hat. Er besteht aus zehn Personen, vier davon werden direkt gewählt.

Bürgermeister Mike Warren unterhält übrigens eine eigene Internetseite zu Pitcairn, siehe unter www.onlinepitcairn.com/. (Radio NZ International 12.12.07, <http://www.wikipedia.de>)

HAWAI'I

Gericht stoppt Landverkauf

Hawai'i: Am 31. Januar entschied der oberste Gerichtshof des US-Bundesstaates Hawai'i, dass die Regierung des Bundesstaats mit sofortiger Wirkung alles Land, das Kron- oder Regierungsland des Königreiches Hawaii gewesen war, nicht mehr an Dritte verkaufen darf, bevor nicht alle Ansprüche der Hawaier auf diese Ländereien rechtlich geklärt sind. Das Gericht entschied damit zugunsten einer Rechtsklage, die vor mehr als zehn Jahren von einer Gruppe Hawaier gegen die Bundesstaatsregierung eingereicht wurde, als diese begann, vermehrt Regierungsland zum Bau von Hotels und Wohnsiedlungen an Investoren zu verkaufen. Der Historiker Jon Osorio, Direktor des Instituts für Hawaiische Studien an der Universität von Hawai'i und einer der ursprünglichen Kläger, zeigte sich hoch erfreut über das Urteil. Das der Bundesstaatsregierung unterstehende Amt für Hawaiische Angelegenheiten (OHA), ein weiterer Kläger, stimmte mit Osorio überein. Der aus den USA stammende Generalstaatsanwalt der Bundesstaatsregierung Mark Bennett drückte dagegen seine Enttäuschung aus.

Der Hintergrund des jahrzehntelangen Rechtsstreits liegt in den dunklen Kapiteln der Geschichte Hawaiis, als die Regierung des Königreiches 1893 von einer Gruppe amerikanischer Geschäftsleute mit Hilfe von US-Truppen gestürzt und die Kron- und Regierungsländer (etwa die Hälfte der Gesamtfläche des Archipels) von den Putschisten beschlagnahmt und dann im Zuge der dauerhaften US-Besatzung 1898 an die US-Regierung weitergereicht wurden. Heute werden diese Ländereien von der 1959 gegründeten US-Bundesstaatsregierung verwaltet. Zum hundertsten Jahrestag

des Putsches entschuldigte sich 1993 der US-Kongress. In der damals beschlossenen Resolution wird zugegeben, dass die Hawaier niemals das Recht auf ihre nationalen Ländereien aufgegeben haben. Das Gericht nahm darauf Bezug und legte fest, das bis zu einer permanenten politischen Lösung des Problems die Bundesstaatsregierung nur als Treuhänder der Ländereien auftreten kann, aber keine Verfügungsgewalt darüber hat.

(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Bulletin)

Russischer UN-Funktionär fordert Entkolonisierung von Hawai'i

Hawai'i: Während einer Anhörung vor dem Komitee der UNO für die Abschaffung rassistischer Diskriminierung forderte Ende Februar der Vertreter Russlands, Alexei Avotonomov, die Vereinigten Staaten von Amerika auf, Hawai'i wieder auf die Liste der nicht-selbstregierten Territorien zu setzen, von der es 1959 entfernt worden war, und damit endlich die illegale Besatzung des Archipels durch die USA anzusprechen. Diese überraschende Äußerung des russischen Vertreters ist vermutlich im Zusammenhang mit dem Kosovo-Streit zu sehen. Russland möchte die Doppelmoral der USA anprangern, die im Namen des Selbstbestimmungsrechts die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen, aber selbst seit vielen Jahrzehnten Hawaii besetzt halten. Unter Vertretern der hawaiischen Unabhängigkeitsbewegung wurde die Nachricht mit großer Freude und Hoffnung aufgenommen, da sich zum ersten Mal innerhalb der UNO ein Vertreter eines Staates auf deutliche Weise zur Frage des völkerrechtlichen Status Hawai'is geäußert hat.

(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Email von Mililani Trask, Kaiopua Fyfe und anderen hawaiischen UN-Insidern vom 21.02.08)

US-Rakete zerstört Satellit

Die USA haben am 21. Februar den außer Kontrolle geratenen Spionagesatelliten „USA 193“ mit einer Rakete abgeschossen. Die SM-3-Rakete wurde von dem US-Zerstörer „USS Lake Erie“ gestartet, das vor der Küste Hawai'is ankert. Der 2,3 Tonnen schwere Satellit in der Größe eines Busses war am 14. Dezember 2006 ins All geschickt worden, hatte aber kurz darauf versagt. Der Abschuss war angeblich nötig geworden, weil der Satellit am 6. März in die Atmosphäre eingetreten und dann verglüht wäre. An Bord befanden sich Tanks mit 453 Kilogramm des hochgiftigen Raketentreibstoffes Hydrazin. Das Einatmen dieses Stoffes aus nächster Nähe hat tödliche Folgen für Mensch und Tier. Die Rakete hat die Tanks beim Aufprall zerstört, der giftige Stoff verbrannte. Nach Angaben der USA sind die auf die Erde fallenden Restbestandteile des Satelliten ungefährlich.

Der Spionagesatellit umkreiste in 247 Kilometern Höhe mit einer Geschwindigkeit von 27.300 Stundenkilometern die Erde. Für die Zerstörung gab es ein Zeitfenster von nur 10 Sekunden.

China und Russland haben den Abschuss des Satelliten kritisiert. China hatte selbst vor einem Jahr mit einer Rakete vom Boden aus einen eigenen Wettersatelliten abgeschossen. Die USA hatten damals gegen diesen Abschuss protestiert. Moskau dagegen äußerte den Verdacht, die USA wollten in Wahrheit die Wirksamkeit ihres Abwehrsystems gegen ballistische Raketen als Anti-Satelliten-Waffe testen. Russland befürchtete bei dem Abschuss eine versteckte Übung der US-Armee im Rahmen ihres „Star Wars“ genannten Testprogramms zur Raketenabwehr. Diese Tests finden bereits seit Jahren auf Hawai'i und der „Ronald Reagan Ballistic Missile Defense Test Site“ auf

dem Kwajalein-Atoll (Marshallinseln) statt.

Die US-Armee bestritt zunächst ausdrücklich, dass es sich bei dem Manöver um einen Rakentest gehandelt habe. Erst einen Tag nach dem erfolgreichen Abschuss äußerte sich US-Verteidigungsminister Robert Gates dazu. Seiner Einschätzung nach habe der Abschuss die Funktionsfähigkeit der US-Raketenabwehr unter Beweis gestellt. Gates maß dem Abschuss ausdrücklich politische Bedeutung zu. Der Erfolg rechtfertige die Investitionen von mehreren Milliarden Dollar in die Entwicklung der Raketenabwehr, sagte Gates. (dpa 21.02.08, Flash d'Océanie 21.02.09, BBC News 22.02.08, ORF online 23.02.08)

AOTEAROA/NZ.

Bevölkerungswachstum

Am 31. Dezember 2007 betrug die Bevölkerung Neuseelands 4.252.000 Millionen und damit viermal so viel wie vor einem Jahrhundert (1908: eine Million Einwohner). Im Vergleich zu 2006 wuchs die Bevölkerung um 1 % (40.600 Menschen). Das Wachstum geht zurück auf eine höhere Einwanderungsquote (5.500 Menschen im Jahr 2007), sowie auf die höhere Geburtenrate im Vergleich zur Sterberate. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung liegt bei Frauen bei 37 Jahren, bei Männern bei 35,4 Jahren. Wesentlich jünger im Verhältnis zur „weißen“ Bevölkerung sind die Maori, die Ureinwohner Neuseelands. Hier sind Männer und Frauen durchschnittlich 23 Jahre alt. 632.900 Maori leben heute noch in Neuseeland.

In den letzten zehn Jahren stieg die Bevölkerung in der Altersgruppe von 0 bis 14 Jahren nur um 1,8 %. Dagegen wuchs die Altersgruppe der 15 bis 64-Jährigen um 13,7 %, der Anteil der über 65-Jährigen sogar um

21,4 %. (Flash d'Océanie 07.02.08, <http://www.stats.govt.nz/>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR LORO SAE

José Ramos-Horta verwundet

Osttimor: Der Präsident von Osttimor, José Ramos-Horta, wurde am 11. Februar bei einem Anschlag auf sein Haus von Rebellen schwer verletzt. Ramos-Horta erlitt zwei Bauchschüsse und wurde zunächst ins australische Militärkrankenhaus in Dili gebracht. Wenig später wurde der seit Mai 2007 amtierende Präsident nach Darwin in Australien geflogen. Der Gesundheitszustand des 58-jährigen sei kritisch, doch nicht mehr lebensgefährlich, so australische Medien. Alfredo Reinado, Anführer der Rebellen, kam bei dem Überfall ums Leben. (Reuters Deutschland, 11.02.08)

WestLB stoppt Finanzierung für Goldmine

Sulawesi: Seit 2005 wehrt sich die Lokalbevölkerung der indonesischen Insel Sulawesi gegen die geplante „Toka Tindung“ Goldmine, unterstützt von Umweltgruppen aus aller Welt, u. a. protestierten in Deutschland gegen den Bau der Mine das Pazifik-Netzwerk e.V., Watch Indonesia!, urgewald und Rettet den Regenwald e.V..

Bedroht sind Fischereiwesen, Landwirtschaft und Naturtourismus in der ökologisch einzigartigen Meeresstraße von Lembeh. Die Mine sollte nahe des Bunaken-Nationalparks und der „Tangkoko Conservation Area“ in der Provinz Nord-Sulawesi gebaut werden. Die Landfauna in dieser Gegend, bekannt als Wallacea-Region, ist mit vielen

endemischen Arten auf der Erde einmalig.

Die Düsseldorfer Bank WestLB hat sich jetzt dem Druck gebeugt und steigt aus der Finanzierung des ökologisch und sozial katastrophalen Projektes aus. Sie hat ihre Kreditzusage an die britische Minenbetreiberfirma „Archipelago Resources“ zurückgezogen. Ursprünglich gehörte die WestLB zu einem Kreis von vier Banken, die sich an der Finanzierung der Goldmine beteiligen wollten. Bei den anderen drei Banken handelt es sich um die australischen Banken ANZ und Investec sowie um die französische Bank „Société Générale“. Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen versuchen zurzeit, auch diese drei Banken vom Ausstieg aus der Finanzierung zu überzeugen.

Die Umweltaktivisten glauben, dass u. a. ihre Proteste in Deutschland zum Rückzug der WestLB geführt haben. Marianne Klute von der Berliner Nichtregierungsorganisation „Watch Indonesia!“ sagte, die WestLB hätte einen großen Imageschaden davongetragen, wenn sie das von der indonesischen Lokalbevölkerung ungewollte umweltschädigende Bergbauprojekt unterstützt hätte. (Regenwald Report Nr. 1/08, S. 3, gemeinsame Pressemitteilung von Watch Indonesia! und urgewald 18.01.08)

AUSTRALIEN

Rudd entschuldigt sich bei Aborigines

Der australische Premierminister Kevin Rudd hat sich zu Beginn der parlamentarischen Saison Mitte Februar öffentlich bei den Aborigines für erlittenes Unrecht entschuldigt. Rudd wandte sich vor allem an die so genannte „Stolen Generation“, also die Ureinwohner, die von 1869 bis ca. 1969 ihren Eltern weggenommen worden waren, um in „wei-

ßen“ Familien als „weiße Australier“ erzogen zu werden. Wörtlich sagte Rudd: *“To the mothers and the fathers, the brothers and the sisters, for the breaking up of families and communities, we say sorry”*. Er fuhr fort: *“For the indignity and degradation thus inflicted on a proud people and a proud culture, we say sorry”*.

Die Rede stand als „Government Business: Motion No. 1“ auf Top 1 der Tagesordnung zur Eröffnung der Parlamentssitzungen, nachdem Rudd erst vor kurzem sein Kabinett gebildet hatte. Als besondere Geste wurde das Parlament in diesem Jahr von Aborigines mit einer traditionellen Zeremonie eröffnet. Damit sollte zumindest symbolisch anerkannt werden, dass das Land, auf dem die australische Hauptstadt Canberra erbaut wurde, den Aborigines widerrechtlich und ohne Zahlung von Entschädigungen weggenommen wurde. Im Parlament sitzen eigentlich keine Aborigines-Abgeordneten, doch am Tag der großen Entschuldigung war 100 Gemeindegältesten und Angehörigen der „Stolen Generation“ der Zugang zum Sitzungssaal genehmigt worden. Viele Aborigines schämten sich ihrer Tränen nicht.

Rudds vierminütige Entschuldigung und die anschließende 20-minütige Rede wurden weltweit als „historischer Akt“ gewertet. Der Entschuldigung folgten minutenlange stehende Ovationen sowohl im Parlament, als auch vor dem Gebäude und auf allen Straßen und öffentlichen Plätzen, wo sich Menschen die Übertragung der Rede angeschaut hatten. Alle Rundfunk- und Fernsehsender sendeten live aus dem Parlament.

Premier Rudd gab auch bekannt, er wolle eine parteiübergreifende „Joint Commission“ einrichten, die Projekte und Programme zur Unterstützung der unterprivilegierten Ureinwohner entwickeln solle. Dazu rief er Oppositionellenführer Brendan Nelson von der „Liberal Party“

dazu auf, mit ihm gemeinsame Sache zu machen. Auch sollten Aborigines und ihre spezifischen Traditionen ab sofort mehr in offizielle Staatsangelegenheiten eingebunden werden. Langfristiges Ziel seiner Politik sei zumindest eine symbolische Anerkennung der Aborigines als Ureinwohner des australischen Kontinents in der Verfassung, sagte Rudd weiter.

Der im November 2007 zum Premierminister gewählte 50-jährige Kevin Rudd von der „Australian Labor Party“ fährt eine grundlegend andere Politik als sein Amtsvorgänger John Howard (Liberal Party of Australia). In dessen elfjähriger Amtszeit war eine Entschuldigung bei den rund 450.000 Ureinwohnern (von knapp 21 Millionen Einwohnern) undenkbar. Howard hatte immer wieder betont, seine Regierung müsse sich nicht für das von früheren Regierungsverantwortlichen begangene Unrecht an den Ureinwohnern entschuldigen.

Rudd beendete seine Ansprache mit den Worten: *“A future where all Australians, whatever their origins, are truly equal partners, with equal opportunities and with an equal stake in shaping the next chapter in the history of this great country, Australia.”*

Kritisch äußerten sich einige Aborigine-Verbände. Zwar lobten sie explizit den guten Willen der Regierung Rudd, beklagten aber die mangelnde Bereitschaft der neuen Regierung, die „Stolen Generation“ finanziell angemessen für die verlorenen Jahre zu entschädigen. (*NY Times 13.02.08, BBC News 13.02.08, Sky News 12.02.08; ABC Radio Australia 11.02., 13.02.08*)

⚡ Videoaktivist Pip Starr

Am 22. Januar 2008 tötete sich Pip Starr, australischer Dokumentarfilmer und Videoaktivist, mit einer Überdosis an Schlafmitteln. Pip (Künstlernamen für

Stuart Andrew Hill) arbeitete zehn Jahre lang intensiv in der australischen Aktivistengemeinschaft als unabhängiger Journalist, Berichterstatter und Filmmacher mit. Er dokumentierte die Anti-Atom-, Klimawandel-, Globalisierungs-, indigene und viele andere Bewegungen für soziale Gerechtigkeit in Australien und im Pazifik. Starr arbeitete u. a. für Indymedia, Friends of the Earth und regionale australische Fernsehsender wie Ska TV und Bent TV.

Sein bahnbrechender Videoaktivismus zum Thema Klimawandel lenkte die Aufmerksamkeit auf die Bewohner der Carteret-Inseln (Papua-Neuguinea), denen aufgrund steigenden Meeresspiegels die Zerstörung ihrer Insel bevorsteht, eine Folge der globalen Erwärmung. Sein bereits begonnener Dokumentarfilm „The First Wave“ über die geplante Umsiedlung der Bewohner der Carteret-Inseln bleibt nun unvollendet.

Der 1967 geborene Starr dokumentierte auch den Kampf der Aborigines vom Stamm der Mirrar im Kakadu-Nationalpark gegen den Bau einer Uran-Mine auf ihrem Land. Folge dieser vierjährigen Aufnahmen und Recherchen in den 1990er Jahren war der mehrfach preisgekrönte Film „Fight for Country“ (1998). (<http://www.indymedia.org/>, <http://slackbastard.anarchobase.com/?p=1024>)

SPORT

Marshaller qualifiziert sich für Olympia

Marshallinseln: Am 1. Dezember 2007 qualifizierte sich Anju Jason von den Marshallinseln in der Sportart Taekwondo (Klasse bis 80 kg) für die Olympischen Spiele im Sommer 2008 in Peking. Jason, der in Hawai'i lebt, setzte sich im Rahmen eines Qualifikationsturniers in Nou-

méa/Neukaledonien gegen Konkurrenten aus sieben anderen ozeanischen Staaten durch. Damit werden die Marshallinseln zum ersten Mal bei Olympischen Spielen vertreten sein. Das Internationale Olympische Komitee honoriert die Leistung Jasons mit einer Zahlung von monatlich 1.000 US\$, die der Förderung des Trainings des jungen Sportlers dienen sollen. (*Marshall Islands Journal 08.02.2008*)

Rugbystar kehrt zurück

Fidschi: Der fidschianische Rugbyspieler Rupeni Caucaunibuca hat seinen Vertrag mit der französischen Mannschaft „SU Agen“ vorzeitig aufgelöst. Eigentlich stand der im Volksmund als „Rups“ bekannte Spieler bis Juli 2008 unter Vertrag. Als Grund für die freiwillige Vertragsauflösung gab der SU Agen eine lang andauernde Verletzung von Caucaunibucas Wade an. Der Spieler kehrt nach Fidschi zurück. Hier war er als Mitglied der fidschianischen Nationalmannschaft bei der Rugby-Weltmeisterschaft 2003 in Australien „entdeckt“ worden. Mit Beginn der Saison 2004 hatte er als Flügelstürmer nach Frankreich gewechselt. Dort machte er nicht nur aufgrund seiner Schnelligkeit auf dem Feld und seiner beeindruckenden Figur (115 Kilo bei 1,80 m) von sich reden, sondern auch, weil er oftmals nicht pünktlich zu Saisonbeginn aus dem fidschianischen Heimaturlaub nach Frankreich zurückgekehrt war.

Der am 5. Juni 1981 geborene Caucaunibuca wurde im Oktober 2006 in Frankreich als „Spieler des Jahres“ ausgezeichnet. Im März 2007 bekam er wegen Cannabis-Konsum eine dreimonatige Spielsperre. Wegen etlicher Verstöße gegen die Disziplin - Rupeni verpasste Rückflüge aus dem Pazifik aus zum Teil dubiosen Gründen – war der Spieler ständig abgemahnt worden. Im internationalen Rugby stieß seine Disziplinlosigkeit auf

Spott und Hohn. „*Wenn er denn einmal pünktlich zum Spiel erscheinen würde und auch spielte, wäre er der weltbeste Rugby-Spieler*“, hieß es in Fachkreisen. (<http://www.planet-rugby.com>, *Wikipedia, Flash d'Océanie 22.02.08*)

„TOK BILONG PASIFIK“

Neuguineer ruft USA zur Raison

Bali/Indonesien: Vom 3. bis 15. Dezember 2007 fand in der Ortschaft Nusa Dua auf der indonesischen Insel Bali die 13. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention statt. Die Konferenz sollte einen Verhandlungszeitplan und Verhandlungsinhalte für die nächsten Jahre festlegen, damit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 ein neues Klimaschutzprogramm nahtlos in Kraft treten kann. Der indonesische Umweltminister Rachmat Witoelar leitete als Vertreter des Gastgeberlandes die Verhandlungen der Konferenz mit ca. 10.000 Umweltpolitikern und -experten aus 192 Ländern.

Nach zähen Verhandlungen endete die Klimakonferenz mit dem so genannten Fahrplan von Bali (*Bali roadmap*). Dabei handelt es sich um das von den Teilnehmern gewünschte Verhandlungsmandat, auf dessen Grundlage das Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll erstellt werden soll. Entgegen der Hoffnungen einiger Staaten, konkrete Zahlen für die Reduktion von Treibhausgasen festzuhalten, kam es aufgrund des Drucks der USA lediglich zu einem Hinweis auf die Untersuchungsergebnisse des Weltklimarates „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) – dieser fordert den Rückgang des Ausstoßes an CO₂ um 50 Prozent bis 2020, andererseits enthält er auch weniger restriktive Modelle, aufgrund derer die Erderwärmung

weiter als die bisher in Kauf genommenen zwei Grad Celsius ansteigen würde.

Für eine positive Überraschung sorgte am letzten Verhandlungstag der Konferenz der Delegierte von Papua-Neuguinea, Kevin Conrad. Die Verhandlungen über die Abschlusserklärung waren zum Stillstand gekommen, weil sich die USA gegen bestimmte Formulierungen in der „Bali roadmap“ wehrte und die Unterschrift unter das Dokument verweigerte. Etliche Delegierte versuchten daraufhin mit diplomatischen Worten, die USA zum Einlenken zu bewegen, um die bereits um einen Tag verlängerte Weltklimakonferenz endlich zum Ende zu bringen - alle scheiterten. Daraufhin erhob sich Conrad und sagte: *“I would ask the United States, we ask for your leadership. But if for some reason you're not willing to lead, leave it to the rest of us. Please get out of the way.”* (dt. „Wenn Sie keine Führungsrolle einnehmen können, überlassen Sie das uns. Dann gehen Sie aus dem Weg.“). Unter dem frenetischen Applaus der Anwesenden musste die Vertreterin der USA, Frau Paula Dobriansky, schließlich ihre Vorbehalte gegen die Formulierungen fallen lassen und Einverständnis signalisieren.

Der 39-jährige Conrad wurde in den USA als Sohn neuguineischer Eltern geboren, er wuchs in Wewak in der East Sepik Province auf. Conrad studierte Volkswirtschaft an diversen amerikanischen Eliteuniversitäten und arbeitete als Investment-Banker. Neben seiner Tätigkeit als Vertreter Papua-Neuguineas auf Klimakonferenzen ist Conrad Direktor der „Coalition for Rainforest Nations“ an der Columbia Business School. Er lebt mit seiner Familie in New York. (<http://www.rainforestcoalition.org/eng/>, <http://www.nytimes.com/2008/01/22/science/earth/22conv.html>)

Gauguins Müll ausgegraben

Marquesas-Inseln: Auf der Insel Hiva Oa haben Archäologen in einem Brunnen den Hausmüll des französischen Malers Paul Gauguin gefunden und geborgen. Der am 7. Juni 1848 in Paris geborene Gauguin war 1901 auf die Insel gekommen und dort am 8. Mai 1903 im Alter von 54 Jahren an der Geschlechtskrankheit Syphilis gestorben. Er wurde auf Hiva Oa begraben.

Die Archäologen waren auf Wunsch des jetzigen Bürgermeisters der Insel in das ehemalige Dorf Gauguins, Atuona, gekommen. Der Bürgermeister hatte Gauguins „Haus der Wonnen“ (Maison du Jouir) auf dem ehemaligen Grundstück des Malers nachbauen lassen, sowie ein neues „Paul Gauguin Kulturzentrum“ über die Geschichte Gauguins in der Südsee bauen lassen. Im Rahmen der Bauarbeiten ließ er nach dem alten Brunnen suchen. Nach Gauguins Tod hatten die Käufer der von Gauguin eigenhändig erbauten Hütte diese samt Hausrat und Küchenabfällen einfach in dem Süßwasser-Brunnen entsorgt.

Die von den Archäologen geborgenen Gegenstände wurden zur weiteren wissenschaftlichen Aufarbeitung an die Kunsthistorikerin Prof. Caroline Boyle-Turner übergeben. Die Gauguin-Expertin und Direktorin der „Pont-Aven School of Contemporary Art“ in der Bretagne (Frankreich) veröffentlichte die Liste der Funde nun in der Erstausgabe der neuen Zeitschrift „Van Gogh Studies“.

Die Funde geben Aufschluss über die letzten Lebensjahre des verarmten und schwer kranken Malers. So fanden sich etliche leere Absinth-Flaschen, eine Dose Tigerbalsam zum Einreiben der schmerzenden Glieder, eine Flasche französisches Parfum, um sich die Gunst junger Frauen zu erkaufen sowie drei leere Weinkrüge à 35 Liter Fas-

sungsvermögen. Auch eine Bierflasche von einer neuseeländischen Brauerei tauchte auf. Die Archäologen konnten ebenfalls die Gebrauchsgegenstände des Malers bergen. Sie fanden eine selbstgefertigte Zahnbürste, einen alten Kamm sowie aus Frankreich stammendes Geschirr wie Teller, Pfannen und Töpfe. Die Kunsthistorikerin begeisterte sich vor allem an einem kleinen Schüsselchen aus Keramik. Sie identifizierte es als typisches Geschirr aus dem Fischerdorf Pont-Aven in der Bretagne, wo Gauguin 1886 drei Monate lang lebte und arbeitete.

Unter den Funden war auch der Inhalt eines Medizinschranks, es fanden sich Spritzen und leere, einst mit Morphium gefüllte, Fläschchen. Das Morphium nahm Gauguin als Schmerzmittel ein. So fanden die Archäologen auch vier völlig von Karies zerfressene Zähne, die sie mit hoher Wahrscheinlichkeit dem Maler zuordnen konnten.

Für Boyle-Turner besonders aufschlussreich waren die Farbreste, die aus dem Brunnen geborgen werden konnten. Pasten von Ocker und orangefarbenen Mineralien rochen noch mehr als 100 Jahre nach Gauguins Tod nach Leinöl. Sie lassen darauf schließen, dass sich der Maler seine Farben selber mischte. Eine als Palette dienende halbe Kokosnussschale mit Farbresten konnte ebenfalls geborgen werden. (*Spiegel online* 10.12.07, <http://www.vangoghstudies.com/>)

Tony Marshall zum Ehrenbürger ernannt

Französisch-Polynesien: Der am 3. Februar 1938 in Baden-Baden geborene Schlager- und Opernsänger Tony Marshall (eigentlich Herbert Anton Hilger) ist am 16. Februar zum Ehrenbürger der Insel Bora Bora (Französisch-Polynesien) ernannt worden. Marshall hatte 1965 sein Staatsexamen als Opernsänger bestanden. 1971 wurde er be-

kannt mit dem Lied „Schöne Maid“, deren Melodie ursprünglich ein Traditional der neuseeländischen Maori ist. Der Titel wurde bis heute rund drei Millionen Mal verkauft und errang sechs goldene Schallplatten. Marshall wechselte daraufhin aus dem Opernfach auf die Entertainerbühne, als bekanntester deutscher Schlagerstar erhielt er weltweit Auszeichnungen und Preise. Marshall ist seit 1962 verheiratet, mit seiner Frau Gaby hat er zwei Söhne und eine Tochter. Sohn Marc ist Teil des ebenfalls sehr erfolgreichen Duos „Marshall & Alexander“.

1978 veröffentlichte Marshall das Lied „Bora Bora“, anlässlich seines 70. Geburtstages erhielt er die Ehrenbürgerwürde jetzt bei einem Besuch in Begleitung seines Sohnes Mitte Februar auf der 260 Kilometer nordwestlich von Tahiti gelegenen Gesellschaftsinsel.

In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ sagte der Schlagerstar, er fühle sich ein wenig mitverantwortlich dafür, dass die Insel heute kein unberührtes Paradies mehr sei: *„Ich habe die Leute neugierig gemacht. Für viele war das Lied Anlass, dort einen Urlaub zu buchen“*. Als er in den siebziger Jahren auf der Insel gewesen sei, habe es dort nur ein Hotel gegeben. Heute stünden dort mehrere Fünf-Sterne-Hotels.

Die Melodie zu „Bora Bora“ geht auf ein polynesisches Volkslied zurück, dass der Produzent Jack White aus Französisch-Polynesien mitgebracht hatte. Er schrieb daraufhin den Text für den erfolgreichen Schlager. Tony Marshall bereiste Bora Bora übrigens erst, nachdem das Lied 1978 die Charts gestürmt hatte. Am Flughafen sangen die Einheimischen dann zur Begrüßung den Marshall-Text zu der ihnen bekannten traditionellen Melodie. (*Die Zeit* 31.01.08, *Wikipedia*, *Rheinpfalz Speyer* 01.02.08)

Liedtext:

Als ich nach Bora Bora kam und mir den Strand als Zimmer nahm, streckte ich meine Beine aus, fühlte mich wie zu Haus.

Palmen und Blüten um mich her, klar wie Kristall das blaue Meer, ein Vogel sang im Mangobaum, alles war wie ein Traum.

Refrain: Bora Bora Hey, Bora Bora in Tahiti hey, mein Paradies im Sommerwind, wo alle Menschen glücklich sind. Bora Bora Hey, Bora Bora in Tahiti hey, wo allen gleich die Sonne scheint, ist jeder des Anderen Freund.

Chor: 2 x Bora Bora in Tahiti hey

10.000 Meilen von zu Haus brach dann bei mir das Heimweh aus, doch ich denk´ noch heut´ mein Herz zerspringt, wenn dieses Lied erklingt.

Refr.: Bora Bora Hey, Bora Bora in Tahiti hey, mein Paradies im Sommerwind, wo alle Menschen glücklich sind. Bora Bora Hey, Bora Bora in Tahiti hey, wo allen gleich die Sonne scheint, ist jeder des Anderen Freund.

Chor: 2 x Bora Bora in Tahiti hey
Bora Bora Hey, Bora Bora Hey.....

Puma stellt Schuhe aus Rindenbast her

Herzogenaurach: Der Sportartikelhersteller Puma aus dem fränkischen Herzogenaurach (bei Erlangen) hat ein neues Material für seine Sportschuhe entdeckt. In einer Konzeptstudie stellte die Puma AG erstmals Schuhe aus Rindenbaststoff her. Rindenbaststoffe gehören zu den ältesten Textilien der Menschheit. In der Südsee wird der als Tapa bezeichnete Rindenbaststoff aus der Rinde des Papiermaulbeerbaumes (*Broussonetia papyrifera* aus der Familie der *Moracea*) gewonnen.

Puma verwertete für die Herstellung seiner Schuhe ein weiterentwickeltes Tapa der Firma „Bark Cloth“ aus Ebringen bei Freiburg, die 1999 von dem Deutschen Oliver Heintz und seiner aus Uganda stammenden Ehefrau gegründet wurde. „Barktex Low-friction 0577“ ist ein dekoratives, polymerver-

stärktes Textil aus dem Rindenbast des Mutuba-Baumes (*Ficus natalensis*). Das Material mit hoher Abriebfestigkeit wird von rund 700 Kleinbauerfamilien aus dem Gebiet südlich der Hauptstadt Kampala nahe dem Victoriasee in Uganda hergestellt.

Im Jahr 2007 wurde das Material der Firma Bark Cloth mit dem Freiburger Innovationspreis ausgezeichnet. (*Holz-Zentralblatt* Nr. 3 vom 18.01.08, <http://www.frsw.de/fairerhandel1.htm>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

1.000 Solarlampen für Hochlanddörfer

Vier Wochen nach dem offiziellen Ende der sächsischen Adventsaktion „Licht ins dunkle Tal“ sind auf dem Spendenkonto des Evangelisch-Lutherischen Missionswerkes Leipzig e.V. (LMW) 65.038,64 Euro eingegangen. Die gemeinsame Spendenaktion der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, des Landesverbandes der evangelischen Kindertagesstätten und des LMW hat damit das gewünschte Ziel von 50.000 Euro weit überschritten. Noch immer gehen weitere Spenden ein.

Seit dem Martinstag am 11. November 2007 hatten vor allem evangelische Gemeinden, Kindergärten und Schulen Geld für Solarlampen für Hochlanddörfer in Papua-Neuguinea gesammelt. Mit der erreichten Summe können nun 1.000 Familien in zwei Pilotregionen unterstützt werden. Für große Teile des Inselstaates im Pazifik ist der Aufbau eines Stromnetzes auf weite Sicht nicht möglich. Die Menschen in den unterentwickelten Bergregionen leben in rußgeschwärzten fensterlosen Hütten. Selbst die medizinische Versorgung von

Kranken und Hilfsbedürftigen erfolgt oft bei Kerzenschein oder mit einer Taschenlampe.

Der Papua-Neuguinea-Referent des LMW, Pfarrer Karl Albani, freut sich über das Ergebnis: „Anfangs war ich doch im Zweifel, ob die 50.000 Euro als Ziel nicht zu hoch gesteckt sind. Jetzt freue ich mich über den riesigen Zuspruch und danke allen Spenderinnen und Spendern“, sagte Albani.

In den kommenden Wochen wird die erste Lieferung mit etwa 500 Lampenbauteilen in der Dresdner Firma „Präzis-Werkzeugbau“ zusammengestellt und per Schiff nach Papua-Neuguinea versandt. „Wir hoffen, dass wir im Juli gemeinsam mit vier Freiwilligen aus Deutschland und den jugendlichen Auszubildenden in Neuguinea mit der Produktion der Lampen beginnen können“, so Albani.

Geld zu sammeln war aber nicht das alleinige Ziel der Adventsaktion. Es ist gelungen, die Partnerschaft, die bereits seit mehr als 50 Jahren zwischen den Kirchen in Sachsen und Papua-Neuguinea besteht, in den Gemeinden bekannter machen. Viele Gruppen haben sich mit Hilfe einer eigens erstellten Materialmappe intensiv mit der oft sehr schwierigen Lebenssituation in Papua-Neuguinea beschäftigt und haben weitere Unterstützung zugesagt. (*Pressemitteilung LMW 04.02.08*)

Premierminister von „Gottes Gnaden“

Premierminister Michael Somare sieht seine Wiederwahl als göttliche Fügung. Kürzlich äußerte er im Parlament: „Es war Gottes Vorsehung, dass jeder von uns durch die Wahl unseres Volkes ins Parlament gekommen ist. Daher ist es wichtig anzuerkennen, dass Gott uns in diese Führungspositionen gebracht hat und uns seine Menschen anvertraut hat, damit wir für sie sor-

gen. *Dies ist das Herzstück unserer Führungsverantwortung*“.
(eigene Meldung PPO-Mitarbeitende)

Kirchen unterstützen Nachtclub-Verbot

Kirchenführer unterstützen den Vorstoß von Justizminister Allan Marat, alle Nachtclubs in PNG zu verbieten. Er betonte, dass Nachtclubs eine Brutstätte für Unmoral und Ehebruch geworden seien und zur Ausbreitung von HIV/AIDS beitragen würden. Kritiker werfen ihm religiösen Fanatismus vor und vergleichen ihn mit muslimischen Fundamentalisten. (Post-Courier 07.02.08)

Brutaler Mord in Kirche

Im Östlichen Hochland sucht die Polizei nach einem brutalen Mörder, der im Neujahrgottesdienst vor den Augen der Gottesdienstbesucher seinen Cousin geköpft hat. Auslöser für die Tat waren lang anhaltende Verhandlungen über den Brautpreis für seine Schwester. Die Gemeinde erstarrte vor Schreck und konnte den Flüchtigen nicht aufhalten. Innerhalb der letzten zwei Jahre wurden über zehn Menschen in der Region um Fayantina auf ähnliche Weise umgebracht. Die Polizei bittet um enge Zusammenarbeit mit den Clan-Führern. (The National 08.01.08)

AUS DER ELC-PNG

Synode in Mt. Hagen

Über 10.000 Teilnehmer zählte die 26. Synode der ELC-PNG, die Anfang Januar in Ogelbeng im Hagen-Distrikt veranstaltet wurde. Die Synode kommt alle zwei Jahre zusammen und beschließt über grundlegende Weichenstellungen der kirchlichen Arbeit. Neben den Delegierten aus allen Distrikten und Institutionen der Kirche nehmen auch zahlreiche interessierte Laien an

der einwöchigen Veranstaltung teil, die in manchem einem Kirchentag ähnelt. Neben zahlreichen hochrangigen Gästen aus Politik und Gesellschaft war dieses Jahr auch Bischof Philip Lok von der Lutherischen Kirche in Malaysia vertreten. (Wantok Nr. 1745, National 8.1.08)

Trompetenklänge zur Synode

Ein besonderes Erlebnis bei den Eröffnungsfeierlichkeiten zur Synode war ein großer Posaunenchor, bestehend aus 65 Bläsern. Die Posaunenchöre repräsentierten die 17 Distrikte der Kirche und wurden von Kirchenmusikdirektor Amos James dirigiert. Ausgebildet wurden die Bläser alle in der Kirchenmusikschule Raipinka, wo Herr Burkhard Heupel im Auftrag von Mission EineWelt mitarbeitet. Die Schule wurde 1993 gegründet und ist die einzige ihrer Art in ganz PNG. Gefragt sind die Bläser nicht nur bei Gottesdiensten und kirchlichen Großveranstaltungen, sondern auch bei staatlichen und gesellschaftlichen Anlässen wie z.B. bei den Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag. (Post-Courier 09.01.08)

Enge Kooperation mit Malaysia

Am Rande der Synode gab es intensive Gespräche zwischen Bischof Dr. Wesley Kigasung (ELC-PNG) und Bischof Lok (Malaysia) über die Gründung eines „Asia Lutheran Ministry“ innerhalb der ELC-PNG. Die Malaysische Kirche hat sich bereit erklärt, einen chinesischen Pfarrer nach PNG zu entsenden, der missionarisch unter den zahlreichen Chinesen und anderen Asiaten v. a. in Madang arbeiten soll. Unterstützt wird der Einsatz über das Süd-Süd-Programm von Mission EineWelt. Damit wird die Vernetzung zwischen den Kirchen in der Region Südostasien – Pazifik weiter ver-

stärkt. Seit einigen Jahren schickt die ELC-PNG bereits Theologen an das Theologische Seminar in Malaysia, damit sie dort ihren Master-Abschluss machen können. (eigene Meldung MEW 20.02.08)

Lutherische Uni 2010

Die geplante Lutherische Universität wird voraussichtlich nicht vor 2010 eröffnet werden. Letztes Jahr war es zu Verzögerungen gekommen, da noch grundlegende Fragen geklärt werden müssen. Der Vorsitzende des Vorbereitungskomitees, Rimbink Pato, sagte kürzlich, man sei gerade dabei, die Lehrpläne zu entwickeln und die nötige Infrastruktur aufzubauen. „Es ist unser dringendes Anliegen, durch die Universität einen guten Bildungsstandard anzubieten, der auf christlichen Prinzipien beruht und internationale Standards erfüllt.“ Die ersten Studenten sollen sich 2009 anmelden können. (The National 08.01.08)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Verfeindete Stämme wollen Regierung Waffen verkaufen

Zwei verfeindete Stämme im Kainantu Distrikt des östlichen Hochlandes von Papua-Neuguinea wollen miteinander Frieden schliessen und haben die Regierung zum Kauf ihrer Schusswaffen aufgefordert. Der blutige Konflikt zwischen den Fomu und Ifo-Stämmen begann 1996 und forderte über 500 Menschenleben. Auch Häuser und Felder einschliesslich Kaffeeplantagen wurden zerstört. 2004 gelang es der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die kriegerischen Parteien zu einem Waffenstillstand zu bewegen. Adventistische Geistliche konnten im letzten Jahr die Stammesführer überzeugen, mit Frie-

densverhandlungen zu beginnen.

Laut dem Häuptling des Fomu-Stammes, Brimsy Tognave, sollte bei einem "dauerhaften Frieden" die Regierung die Schusswaffen der beiden Stämme aufkaufen. Die Clans seien hochgerüstet und verfügten unter anderem über halbautomatische SLR-, M16-, SK-5 und AR-15-Gewehre. Beide Stämme hätten Verhandlungen aufgenommen, um bald eine traditionelle Friedenszeremonie durchzuführen, damit der Kampf beendet werden könne. Die adventistische Kirche habe in diesem Friedensprozess eine wichtige Rolle gespielt, "während die Regierung bisher absolut nichts in dieser Hinsicht unternommen hat", beklagte Tognave.

Seit dem Waffenstillstand hätten die Menschen begonnen, ihre zerstörten Häuser wieder aufzubauen und neue Felder anzulegen. Wenn die Regierung die Gewehre aufkaufe, könnte das Geld für den Wiederaufbau verwendet werden. Die Regierung sollte ausserdem die wirtschaftliche Entwicklung der Region durch Verbesserung der Infrastruktur fördern, um den Frieden zwischen den Fomu und Ifo zu stabilisieren. (*Pressemitteilung Adventistischer Pressedienst 28/2008 vom 09.02.08*)

Papst ernennt Bischöfe

Papst Benedikt XVI. hat Otto Separy, Patrick Taval und Fr. John Doaninoel zu Bischöfen ernannt.

Otto Separy übernahm bereits im November 2007 das Bistum Aitape. Er stammt aus Tangori Village in der Östlichen Sepik Provinz. Zuvor war er Priester in der Diözese Wewak.

Bischof Taval wird das Bistum Kerema übernehmen. Er stammt aus Taranga, East New Britain und wurde 1984 zum Priester geweiht. Bisher war er stellvertretender Bischof von Rabaul.

Bischof Doaninoel wird neuer Bischof von Rabaul und damit Nachfolger von Taval. Er stammt aus Gagan, Buka und war 1980 zum Priester geweiht worden. Während des Bürgerkrieges in Bougainville wurde er gefangen genommen. Er war auch der Gründer des Maristen-Kollegs in Bomana, bevor er Regionalleiter der Maristenbrüder auf der Insel Bougainville wurde. (*Wantok Nr. 1738, National 10.12.07*)

Bischof erhält Verdienstorden

Bischof Cherubim Dambui ist einer von drei Prominenten, die am Neujahrstag einen Verdienstorden („Chief“ tag) von der Regierung PNGs verliehen bekommen haben. Der Bischof wurde damit für sein herausragendes Engagement für die Menschen in der Ost-Sepik-Provinz ausgezeichnet. Insgesamt wird der Orden nur an 110 Bürger verliehen, die sich in besonderer Weise um die sozialen Belange der Bevölkerung gekümmert haben. (*The National 02.01.08*)

Katholiken protestieren

Über 3.000 Katholiken haben gegen überzogene Forderungen von Landeigentümern protestiert. Die ursprünglichen Landeigentümer einer katholischen Missionsstation in Banz hatten hohe Kompensationsforderungen gestellt, damit die Kirche das Land auch weiterhin nutzen darf. Als die Forderungen nicht erfüllt wurden, zerstörten sie kirchliche Kaffeeplantagen im Wert von 64.000 Kina (ca. 16.000 Euro) und beschädigten das Maria-Kwin-Zentrum in Banz. Die Demonstranten unterstrichen die äußerst positive Rolle der Missionsstation für die ganze Region. Durch sie seien Bildung, Gesundheitsdienste und der christliche Glaube gebracht worden, wovon alle Menschen in der Region profitieren.

Die Kirche sei nicht am Profit orientiert, sondern verstehe sich als Dienstleister für die Gesellschaft. Daher sollten insbesondere die Landeigentümer sehr moderat sein, wenn es um die Verlängerung von Pachtverträgen gehe, betonte Peter Sakipo, der Vorsitzende des Gemeindevorstands von Banz. (*The National 11.01.08*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

MARSHALLINSELN

Neue Leitung der Apostolischen Präfektur

Seit 6. Januar 2008 steht die Apostolische Präfektur der Marshallinseln unter der neuen Leitung von Präfekt Raymundo T. Sabio. Sabio wurde am Dreikönigstag in Majuro von Erzbischof Charles Daniel Balvo als Nachfolger von James Gould in sein Amt eingeführt. Der Präfekt steht der Katholischen Kirche der Marshallinseln vor. Gleichzeitig wurde die Leitung der Präfektur von den Jesuiten auf die Herz-Jesu-Missionare übertragen. Letztere waren bereits seit den 1890er Jahren als erste katholische Missionare in Mikronesien präsent, wurden jedoch im Jahr 1921 von den Jesuiten abgelöst. Der Einführung Sabios wohnte auch der Erzbischof von Agana (Guam), Anthony Apuron, bei.

Der Katholischen Kirche der Marshallinseln gehören rund 4.600 Mitglieder mit sieben Pfarrern an. (*Marshall Islands Journal 28.12.07 und 18.01.08*)

WESTPAPUA

Kirchen mahnen zum Frieden

Am 7. Dezember 2007 fand in Sentani (Jayapura) eine Friedenskonferenz der in Westpapua vertretenen Religionen statt.

Nicht nur alle Kirchen waren vertreten, sondern auch muslimische Ulama und die Führer der kleinen Hindu- und Buddha-Gemeinschaften.

Sie bekräftigten das Programm „Papua – Land des Friedens“ und betonten, dass sie eine Veränderung der Situation in Papua auf friedliche Weise erreichen möchten.

Eine der Empfehlungen lautet: „Wir wünschen einen ehrlichen und offenen Dialog mit der Regierung in Jakarta. Er soll mit den indigenen Papua geführt werden und die unterschiedlichen Auffassungen über die Situation in Papua versuchen beizulegen. Wir halten eine Vermittlung durch eine dritte Seite für erforderlich. Sie muss neutral sein und von beiden Seiten anerkannt werden.“

Es ist nicht bekannt, ob die Regierung bisher auf diese Bitte reagiert hat.

Am 1. Februar 2008 wiederholten die Religionsführer ihre Bitte. Sie erklärten: „Die unterschiedlichen Auffassungen zur Situation in Papua gründen in der unterschiedlichen Sichtweise der Integration Papuas in die indonesische Republik in den sechziger Jahren. Das behindert die derzeitige Entwicklung. Außerdem besteht darin ein Anlass für ständige Konflikte. Es handelt sich um ein schwieriges und sensibles Problem. Doch wir hoffen, dass es sich durch Dialog und Versöhnung lösen lässt.“

In ihrer Erklärung forderten sie den Abbau der Militärpräsenz. Im Land gebe es viel zu viele Militärposten. Die Militärs seien nicht bereit, sich auf die Kultur der Papua einzulassen. Sie würden die Bevölkerung ständig verdächtigen und als Feinde betrachten. Die Folge seien latente Ängste und ständig aufflammende Unruhen überall in Papua. (Nachricht von Pfr. Dr. Siegfried Zöllner, West-Papua-Netzwerk, 14.02.08)

MISSION EINEWELT INTERN

Stellenausschreibung

Für die Mitarbeit im "Malua Theological College" in Apia/Samoa suchen wir zum Frühjahr oder Sommer 2008 eine(n) Senior Expertin/Senior Expert als **Dozentin/Dozenten (promoviert) für Theologie**.

Die/der Dozent/in soll an dem Seminar der „Congregational Christian Church of West Samoa“ schwerpunktmäßig ökumenische Theologie unterrichten. Das College ist das älteste theologische College im Pazifik mit ökumenischen Verbindungen im ganzen pazifischen Raum. Es hat derzeit etwa 50 Studierende aus sechs Ländern in seinen B.Th. und M.Th. Programmen.

Wir erwarten: sehr gute englische Sprachkenntnisse und Teamfähigkeit. Daneben gehören Neugierde und Offenheit für die Menschen des Gastlandes sowie die Mitgliedschaft in einer der Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) und die Bejahung des missionarisch-diakonischen Auftrags der Evang.-Luth. Kirche zu den Voraussetzungen. Dauer: 1Jahr. Leistungen: Aufwandsentschädigung, Reisekosten, Versicherungspaket.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an:

Pfr. Michael Seitz, Mission Interkulturell, Postfach 68, 91561 Neudettelsau, Tel.: 09874 91510/ -1502 oder -15 01, E-Mail: mi@mission-einewelt.de www.mission-einewelt.de

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Islands Business
• Flash d'Océanie • National
• Oceania Flash • Pacific Beat
• Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand
• Sydney Morning Herald • Tahiti-Press • The Lutheran
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE



**Mission
EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neudettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120